

Wormitz

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit "Wort der Woche"
 Beilage "Die Neue Welt" 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je nach Art der Anzeigen:
 für politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprozent: Amt I, Nr. 1508.
 Zeitungsm. Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 23. August 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

China.

Die groteske Komik, die dem Waldersee-Triumph-
 zuge durch die reklamatorischen Meldungen des Wolffschen
 Telegraphenbureaus aufgedrückt ist, kommt jetzt auch den
 Offizieren zum Bewußtsein. Sie suchen dem verpöbelten Ober-
 kommandierenden neue Bedeutung zu geben, indem sie fabeln,
 „China sammle außerordentlich eifrige Truppen, um die von
 den alliierten Truppen eingenommenen Städte zurückzuerobern;
 Li-Hung-Tschang's Friedensbemühungen seien nur ein Mittel, Zeit
 zu gewinnen; von einem Einstellen der kriegerischen Maßnahmen
 der Mächte könne noch lange nicht die Rede sein.“

Unsre Waldersee-Offiziere — der ostasiatische Held hat die
 Presse seinem Kommando gut unterworfen — wünschen nun
 geradezu, daß die Chinesen Gelegenheit zu deutschen Kriegs-
 thaten geben. Hoffentlich aber bleibt uns die Hunnifizierung
 unserer soldatischen Jugend erspart. Jedenfalls liegen keinerlei
 Nachrichten aus China vor, die auf neue größere Kämpfe
 deuten. Aus Hongkong wird der Marich von 3500 chinesischen Sol-
 daten gegen Peking gemeldet; aber auch wenn diese Nachricht richtig
 ist, kann sie keine größere Bedeutung haben. Andererseits wird ge-
 meldet, daß die Kämpfe in Peking beendet sind und daß
 die Japaner nun auch den kaiserlichen Palast besetzt haben.

Amülich ist die Stellungnahme der Mächte zu dem Friedens-
 angebot Li-Hung-Tschang's noch nicht bekannt gegeben
 worden. Es scheint, als glaubten die Mächte durch vorläufige Ab-
 lehnung von Verhandlungen eine Prestige ausüben zu können, um
 die Auslieferung der fremdenfeindlichen Führer oder sogar
 die Rückkehr der fliehenden Kaiserin zu erzwingen. Solche
 Hoffnungen würden sich sicherlich bald als aussichtslos
 erweisen. Die Mächte werden bei der Regelung der chinesischen
 Verhältnisse die Hilfe der Chinesen nicht auf die Dauer ent-
 behren können.

Auch die Vereinigten Staaten sollen die Vermittlung
 Li-Hung-Tschang's abgelehnt haben, weil er nicht im Auftrag
 der chinesischen Regierung sprechen könne. Die Vereinigten
 Staaten sind aber weit davon entfernt, eine Fortsetzung des Kriegs
 in das Innere des chinesischen Reichs zu beabsichtigen. Aus New
 York wird über die Absicht der amerikanischen Regierung folgende
 bemerkenswerte Mitteilung gemacht:

Admiral Remey erhielt die Weisung, die mit Truppen und
 Munition unterwegs befindlichen acht Transportschiffe in
 Nagasaki anzuhalten, und wenn Chaffee (der Führer der
 amerikanischen Truppen in Peking) sie nicht brauche, nach
 Manila zu schicken. Etwa 500 Mann würden nach Shanghai
 geschickt werden, da die dortigen amerikanischen Firmen dringend ver-
 langten, daß die Unionstaaten durch eine bewaffnete Macht während
 der anglo-französischen Occupation vertreten sein sollen. Die Zahl
 der in Peking während der Friedensunterhandlungen zu
 belassenden amerikanischen Truppen solle Chaffee's Dis-
 cretion überlassen bleiben, aber er sei von dem Wunsche des
 Präsidenten Mac Kinley unterrichtet, daß sie auf ein Schutz-
 corps beschränkt werden.“

Wir verzeichnen nachfolgend die heute eingegangenen Meldungen
 über die Vorgänge in China:

Die Einnahme des kaiserlichen Palastes.

Aus Tschifu wird über Tokio, den 22. August gemeldet:
 Die japanischen Truppen besetzten den kaiserlichen Palast
 in Peking am 16. August. Etwa 4 Tage vor der Besetzung von
 Peking sind die Kaiserin-Witwe, der Kaiser und die
 Minister von Peking unter der Eskorte von 3000 Kamafusian-
 Truppen abgegangen. Ihr Ziel soll, wie man vermutet,
 Singanfu in Schensi sein.
 Weil in Peking große Wirren herrschen, wurde die Stadt
 in verschiedene Sektionen eingeteilt und die eine Hälfte
 der Tartarenstadt auf der nördlichen Seite unter die Aufsicht der
 japanischen Truppen gestellt. Von den betreffenden alliierten Truppen
 wurden verschiedene Komitees ernannt, welche die Ruhe in der Stadt
 aufrecht erhalten sollen. Diese Komitees wurden von Japan, Eng-
 land, Amerika und Frankreich gestellt.
 Der japanischen Abteilung ist es gelungen, innerhalb des
 Kaiserpalastes gefangene fremde Missionare und
 chinesische Christen zu befreien. Die Japaner verloren
 an Toten und Verwundeten 200 Mann. Der Verlust
 des Feindes bezifferte sich auf 600 Tote.

Nach einem Telegramm der „Daily Mail“ aus Shanghai
 vom 21. August kam es nach dem Eindringen der Verbündeten in
 die äußere Stadt von Peking zu einem heftigen Kampfe; schließ-
 lich legten die Verbündeten aber eine Brücke in die Umwallung der
 „Heiligen Stadt“ und erstickten dieselbe. 4000 wohlbewaffnete
 chinesische Christen leisteten den Verbündeten wesentlichen Bei-
 stand, namentlich kam den letzteren ihre Kenntnis der Stadt zu
 gute. Jetzt flattern die Fahnen der Verbündeten auf dem kaiser-
 lichen Palast. Der Kampf in den Straßen dauert noch fort, die
 Chinesen leisten noch immer hartnäckigen Widerstand.

Von der Einnahme Pekings.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Peking vom 14. August
 gemeldet: Die amerikanischen und russischen Fahnen wurden heute
 vormittag 11 Uhr auf der östlichen Mauer von Peking aufgezogen.
 Die indischen Truppen zogen um 1 Uhr, die amerikanischen um 3 Uhr
 in die britische Gesandtschaft ein und wurden von den abgezehrten
 Insassen, welche nur noch für drei Tage Nahrungsmittel hatten
 und von den Chinesen zwei Tage lang heftig angegriffen worden
 waren, freudig empfangen. Die Japaner begannen den Kampf vor
 Tagesanbruch und kämpften noch an der nördlichen Mauer.
 Ein Teil der chinesischen Truppen verteidigt die kaiserliche Stadt.
 Die Verluste der Japaner sind unbekannt. Die Russen verloren
 5 Tote und 12 Verwundete, die Engländer und Amerikaner hatten
 nur einige Verwundete. Die Befehlshaber der verbündeten Truppen
 hatten eigentlich beabsichtigt, am 15. August zum allgemeinen An-

griff zu schreiten. Die Truppen hatten fünf Meilen östlich von
 der Stadt ein Lager bezogen. Sie waren sehr erschöpft und
 schliefen in Kornfeldern bei strömendem Regen. Die Generale
 wurden dann durch heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer alarmiert,
 aus dem sie entnehmen, daß die britische Gesandtschaft energisch
 angegriffen wurde. Sie gingen insfolgedessen getrennt vor, und zwar
 die britischen, amerikanischen und französischen Truppen auf dem
 linken Ufer, die russischen und japanischen auf dem rechten Ufer des
 Flusses. Sie brachen nachts um 2 Uhr auf. Die Japaner lenkten
 den heftigsten Widerstand der Chinesen nach dem nördlichen Teil der
 Stadt ab, wo die japanische Artillerie die chinesische in einen
 schweren Kampf verwickelte. Die Engländer und Amerikaner trafen
 nur auf geringen Widerstand, bis sie in die Stadt einzogen, wo es
 zu einem Kampf in der Straßengasse kam. Die Truppen drangen
 schließlich durch den Kanal in die Fremdenwiederlassung ein.

Die deutschen Seebataillone.

Der zweite Admiral des Kreuzergeschwaders meldet ab Tokio,
 den 19. d. Mts.:

Starke Regengüsse haben Vormarsch von Kapitän Pohl auf-
 gehalten, so daß er erst am 16. von Malow vorgegangen ist. Aus
 unverdächtig Quelle in Tientsin höre ich, daß Pohl am 17. abends
 in Peking eingetroffen ist. Generalmajor Höpner hat gemeldet,
 daß er am 17. das erste Bataillon und einige Reiter voranschicken
 und am 18. mit dem 2. Bataillon folgen wird.
 Tientsin wird noch jetzt für bedroht angesehen durch chinesische
 Truppen am Kaiserkanal.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. August.

Der Herr Stadtkommandant von Peking.

Man fragt allgemein, welche Rolle der „Weltgeneral“
 von Waldersee in China spielen wird. Die Antwort dürfte nicht
 allzu schwierig sein.

Sobald überhaupt noch eine größere militärische Aktion statt-
 finden wird, kann es sich nur darum handeln, daß die Mächte
 chinesische Landstriche occupieren, um ein Pfand für ihre Forde-
 rungen zu haben. Selbstverständlich wird jede Macht dabei ihr Gebiet
 streng abgrenzen, so daß der Herr Weltgeneral in ihm gar „nichts to
 seggen“ hat.

Aber dennoch leuchtet ein Hoffungsstrahl in das betrübliche
 Dunkel. Peking nämlich, das keine Macht der andern gönnt und wo
 alle ihre Finger in den Topf stecken wollen, wird wohl eine geraume
 Zeit hindurch mit internationalen Truppen besetzt bleiben. Und über
 diesen 15000—20000 Mann wird Graf Waldersee als Stadtkommandant
 thronen. Hehre, eines Feldmarschalls durchaus würdige Aufgaben warten
 dann seiner: Er darf den internationalen Truppen ihre Quartiere
 zuweisen, die Zeit des abendlichen Zapfenstreichs bestimmen und die
 Orte angeben, wo er Wachen und Posten wünscht. Da er nicht
 weniger als 12 deutsche Generalstabsoffiziere und 9 Adjutanten bei
 sich hat, wird er die Sache gewiß gar allgemeinen Zufriedenheit
 lösen und der Ruhm des deutschen Kriegskunst ist glänzend be-
 stätigt.

Zur Rede über die „waterlandlosen Agitatoren“, die
 ausgesperrten Werftarbeiter in Hamburg, veröffentlicht der Reichstags-
 Abgeordnete R. Köhler in der „Berliner Tagesblatt“ eine Er-
 klärung, worin er sich gegen die ihm von der „Post“, den
 „Hamburgischen Nachrichten“ u. wegen seiner Stellungnahme zur
 Ausperrung und zur Kasserete widerfahrenen Angriffe wendet.
 Er giebt in der Hauptsache in Kritik der kürzlich veröffentlichten
 „Chronologischen Darlegung“ über den angeblichen Zusammenhang
 der Ausperrung mit dem chinesischen Abenteuer eine Darlegung
 des wahren Verlaufs der Sache, wie wir sie unten liefern vor
 einigen Tagen schon gegeben haben. Aus dem Artikel sei folgende
 Stelle wiedergegeben, die das Verhalten der hamburgischen Werft-
 kapitalisten und ihrer Wortführer trefflich beleuchtet:

„Das Verhalten der Arbeitgeber hat die „Post“ in ihrem Artikel
 vom 7. August damit zu rechtfertigen gesucht, daß es sich für die
 Arbeitgeber in diesem Kampf um eine Prinzipienfrage handelte, die
 sie verhindern hätte, den Forderungen der „120 Mieter“
 nachzugeben. Während die „Post“ also die Durchführung eines
 Princips im Interesse der Arbeitgeber, das heißt die Verweigerung
 der geforderten Lohnzulage an die 120 Mieter und die Ausperrung von einigen tausend Arbeitern ohne Rücksicht
 auf die Interessen der Allgemeinheit für gerechtfertigt hält, be-
 zeichnet sie es als unpatriotisch, daß Arbeiter die Hebernahme der
 Arbeiten anderer Arbeiterkategorien ablehnen, obgleich diese Arbeiten
 mit den allgemeinen Interessen in keiner Verbindung stehen.“

Die läbliche Streikverordnung und der § 110 St.-G.-B.
 Bei Besprechung des dem Ländertag Senat erlassenen und von der
 gesetzgebenden Versammlung dieses Staats gutgeheißenen Verbots,
 betreffend das Streiklosterleben, hat das „Hamburgische Echo“
 an die dortige Arbeiterkategorie mehrfach die Aufforderung
 gerichtet, sich diesem Verbot nicht zu fügen, es zu
 übertreten, und auf diese Weise Anklagen und gerichtliche Ent-
 scheidungen darüber zu provozieren, ob die Verordnung rechtsgültig
 ist oder nicht.

Diese Aufforderung hat dem verantwortlichen Redacteur des
 Blattes, Genossen Vollenbuhr, die Erhebung einer Anklage seitens
 der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens wider § 110 des Straf-
 gesetzbuchs zugezogen. Derselbe lautet:

„Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch
 Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung
 von Schriften oder andern Darstellungen zum Ungehorsam gegen
 Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder die von der Obrig-
 keit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auf-
 fordert, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Gefängnis
 bis zu zwei Jahren bestraft.“

Das hamburgische Gericht wird dadurch in die Lage kommen zu
 entscheiden, ob das läbliche Gesetz verfassungswidrig ist und auch ob
 man gegen den § 110 verstößt, wenn man zum Ungehorsam gegen
 ein zwar unter Beobachtung aller Formalitäten zu stande ge-
 kommenes, aber der Reichsverfassung widersprechendes Landesgesetz
 auffordert.

Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei wird, wie die
 „Frei. Ztg.“ meldet, vom 19. bis 22. Oktober in Götting stattfinden.

Einen Eideshelfer aus Industriekreisen hat die „Kreuz-
 Zeitung“ für ihre auf den Brot- und Fleischwucher hinauslaufenden
 edlen Bestrebungen entdeckt. Es ist dies der Oberberg rat a. D.
 Dr. Wächler, der in der „Zeitschrift des Obersächsischen Berg- und
 Hüttenmännischen Vereins“ die handelspolitischen Forderungen der
 Industrie formuliert. Dr. Wächler verlangt höhere Industriezölle,
 durch die der deutschen Industrie die Beherrschung des heimischen
 Marktes gesichert werden solle. Den gleichen agrarischen
 Forderungen gegenüber thut Dr. Wächler ein wenig spöde,
 um jedoch schließlich, wie die „Kreuz-Zeitung“ mit Gemü-
 thung konstatiert, auch in dieser Beziehung mit sich handeln zu
 lassen. Wegen einer Erhöhung der Zollsätze auf Getreide, Eier, Obst
 und Gemüse hegt er von vornherein nicht die geringsten Bedenken.
 Aber auch einen etwas höheren Zollsatz für Getreide hält er
 für diskutabel, sofern nur keine „auch nur amögen-
 prohibitiv wirkende Einfuhrzölle auf Getreide“ in Frage kämen.
 Daß die Berg- und Hüttenindustrie sich durch Hochzölle die
 Verdrängung der einheimischen Konsumenten gern erleiden
 läßt, um im Ausland zu um so niedrigeren Schmelzpreisen liefern zu
 können, ist ja eine bekannte Thatsache, wie es überhaupt unter
 Herren Industriellen gern gesehen, wenn die Einfuhr von Industrie-
 Erzeugnissen nach Deutschland im Werte von circa einer Milliarde
 Mark möglichst eingeschränkt würde. Beim Abschluß der Handels-
 verträge wird es sich indes doch nicht ganz ausschließlich um
 diese Wünsche unserer industriellen Kreise handeln, sondern
 auch um die Sicherung des deutschen Exports. Da nun
 unsere Kolonien für diesen Export absolut gar nicht in Frage
 kommen, so wird man seiner Sucht nach Hochzöllezöllen schon Hängel
 anlegen müssen. Die Gefahr der schutzlosen Importe, die
 Politik zwischen Agrariern und Schulzöllnern soll damit selbst-
 verständlich nicht verkleinert werden.

Deutsch-social oder deutsch-national. Innerhalb der Anti-
 semiten ist seit einiger Zeit ein lächerlicher Streit darüber entbrannt,
 ob es opportun sei, den Namen der „deutsch-socialen Reform-
 partei“ in „deutsch-nationale Volkspartei“ umzuändern. Die
 Befürworter dieser Namensänderung scheinen sich allen Entschlo-
 den der Illusion zu wagen, daß die seit Jahren laugenerwähnte, ausichts-
 lose antisemitische Bewegung durch die Umtaufe einen neuen
 glänzenden Aufschwung nehmen werde. Wenigstens imputiert Herr
 Deubn in der „Staatsbürger Zeitung“ den freisinnigen „Furcht“ vor
 dem vorgeschlagenen „vollständigen“ Namen.

Die Hamburger Antisemiten sind gegen die Namensänderung,
 da es dadurch den Gegnern immer von neuem ermöglicht werde, zu
 behaupten, daß die Antisemiten „auf socialen Gebiet wenig sattel-
 fest“ sind. Auch diese Annahme ist sehr naiv, da die Gegner der
 deutsch-socialen Reformpartei zur Erbringung des Nachweises
 des antisocialen, reaktionären Charakters dieser Partei wahrhaftig
 nicht erst auf diese Namensänderung zu warten brauchen.

Wozu läßt man es aber, aus dieser Kontroverse über
 „national“ oder „social“ zu schließen, daß es innerhalb der Antisemiten
 neben der ritualmordhebenden, pharisäisch-phrasendreschenden Berliner
 Richtung auch eine sociale Hamburger Richtung gäbe. Fast könnte
 man behaupten, daß die ganze Frage nur deshalb angehängelt
 worden wäre, um die Öffentlichkeit an das Vorhandensein einer
 solchen socialen Unterströmung glauben zu machen.

Allerdings bietet die deutsch-socialen Reformpartei, wie ihr Ver-
 halten bei den Abstimmungen am Reichstag beweist, ein Bild beispiel-
 loser Zerfahrenheit. Aber diese Zerfahrenheit beweist nur den
 Mangel jeglicher Organisation, jeder gründlichen parlamentarischen
 Vorbereitung, nicht aber das Vorhandensein tiefergehender principeller
 Gegensätze. Für alle Spielarten des Antisemitismus gilt heute
 noch wie vor drei Jahren die Charakteristik eines Hundes, des
 früheren antisemitischen Fraktion Mitglieds Prof. Förster: „Stil-
 stand und Mangel an Leben überall oder zu viel Leben, das heißt,
 oberflächlicher Wadai mit verbrauchten Schlag-
 worten.“

Ausweisung italienischer „Anarchisten“. In der unter
 dieser Epithete dieser Tage gebrachte Notiz schreibt man uns aus
 Biesbaden: Es ist richtig, daß mit andern Italienern auch der
 bel dem Bahnhofsneubau hier beschäftigten italienische Arbeiter Carlo
 Mariketti aus „allgemeinen polizeilichen Gründen“ kurz
 vor der Wiener Kaiserparade aus dem Gebiete des preussischen
 Staats ausgewiesen wurde. Als wir die Ausweisungsbefehle in dem
 „Anstaltsblatt für den Regierungsbezirk Biesbaden“ lasen, mußten
 wir an eine im Mai oder Juni dieses Jahres vor dem hiesigen
 Landgericht stattgefundene Strafammer-Verhandlung denken, in
 welcher der Italiener Carlo Mariketti wegen Nötigung, Bedrohung
 und so weiter als Angeklagter sich zu verantworten hatte. Als die
 Mauer im April freiliet, hatten sich die Baumunternehmer eine An-
 zahl italienischer Arbeiter verschrieben und in einer hiesigen Wirt-
 schaft hatte Mariketti, der sich ebenfalls als Rauerhandlanger den
 Streikenden angeschlossen hatte, den neuangeworbenen Italienern in
 ihrer Muttersprache die Lage der hiesigen Mauer nur ausdauernd
 gesehrt und ihnen erklärt, daß es das Richtige sei, wenn sie wieder
 zurückzögen und nicht die Aussicht auf den Streikerfolg durch ihr
 Einspringen beeinträchtigen würden. In der betreffenden Wirtshaus-
 besuch befanden sich zwei Kaufleute, die natürlich kein Wort der
 italienischen Unterhaltung verstanden, die aber trotzdem sich bemüht
 haben, die Polizei herbeizurufen und zu veranlassen, daß der arme Italiener
 wegen der oben genannten Vergehen verhaftet wurde. Nach sieben- oder
 achtwöchiger Untersuchungshaft fand die Strafammer-Verhandlung
 statt, welche mit der Freisprechung des Angeklagten endigte, weil von
 Nötigung u. keine Rede sein konnte, und nebenbei ließ der Herr
 Vorsitzende, wenn wir uns noch recht erinnern, die Bemerkung fallen,
 daß der arme Teufel eigentlich ganz ohne Grund in
 Haft genommen worden sei. Carlo Mariketti war also
 glänzend gerechtfertigt. Die ihm von dem Polizeikommissar
 zugeschriebenen „aufreizenden anarchistischen Reden“ könnten
 möglicherweise in jenem in italienischer Sprache geführten
 Gespräch bestanden haben, vor dem man kein Wort ver-
 standen hat, von dem aber so viel feststehen dürfte, daß es nicht
 weniger als „anarchistisch“ war. Mariketti weilt schon lange
 Jahre in Biesbaden.

Aus dem Ober-Eisak schreibt man uns: Der Erfolg des Aufmarsches der Militärbefehle in der China-Freiwirtschaften unter den Mannschaften des Verlaubtenstandes gerichtet haben, ist für die Innenpolitik nicht gerade erhebend gewesen. Beim Bezirkskommando Peking sind, einer Mitteilung des „Eisaker Kurier“ zufolge, bis zum letzten Termin ganze vier Meldungen von Unzufriedenheiten und Beschwerden eingegangen, und zwar ist es ein Unteroffizier nebst einem Unterleutnant und zwei Artilleristen, die das Bedürfnis empfanden, sich dem ersten Nachschub nach Ostasien nachzusehen zu lassen. Das Bezirkskommando sah sich angesichts dieses bescheidenen Ergebnisses veranlaßt, seinen Blick auf die Mannschaften in Bürgerkleidung zu richten. Wenn von diesem „Pflanzgarden“ der Mannschaften des Verlaubtenstandes zu dem chinesischen Nachschub ein Vergleich auf die Meldungen in der 4. Linien-Armee zulässig ist, so dürfte es um die „Pflanzgarden“ derselben selbst bestellt gewesen sein.

Die an Ausdehnung von Tag zu Tag zunehmende Krisis in der oberasiatischen Textilindustrie erklärt den Mangel an Begeisterung unserer Bevölkerung für die abenteuerliche Gewaltpolitik der Regierung übrigens in schlüssiger Weise. Erst dieser Tage wieder wurde in einer ca. 1500 Arbeiter beschäftigenden Fabrik in Tschang die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage auf fünf reduziert und angedeutet, daß die weiteren Verleserungen des Geschäftsganges eine weitere Einschränkung der Produktion in Aussicht gestellt. Unlängst wurde die Fabrik nicht weniger als 1000 Arbeiter entlassen, und wie schließlich, dem gegenwärtigen Nachschub möge nur allzu rasch ein böser Regenhammer folgen.

Zum Kaiserlich bringt das „Kaiserliche Tageblatt“ eine Mitteilung, die, falls sie richtig sein sollte, der Untersuchung auswärtiger Ansichten eröffnen würde. Dem genannten Blatte zufolge geht das dieser Tage eingelaufene Gutachten des Berliner Reichsphysikalischen Observatoriums an die Staatsanwaltschaft dahin, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der magnetische Sturm Winter bis gegen 7 Uhr abends gelebt habe. Es sei anzunehmen, daß W. auf einem Stürze stand, um hinten ergreifen und ihn ein Knebel in den Mund geschoben wurde, worauf er fast erstickt (besinnlos) zwei Schritte in den Hof ergreift, den einen von links, den anderen von rechts. Es werde dies daraus gefolgert, daß an der vorderen Halspartie noch ein Stückchen Haut und Fleisch wie ein Rippenstück herabhängt, was bei einem Schritt von nur einer Seite nicht vorhanden gewesen wäre. Die Möglichkeit, daß W. noch bis 7 Uhr abends gelebt haben könnte, werde damit begründet, daß sich durch die in der Späteren W.'s vorgefundene Weiserreste der Zeitpunkt der Ermordung durchaus nicht so genau feststellen ließe, weil die Dauer des Verbaunungsprozesses bei den einzelnen Menschen verschieden ist. Dieses Gutachten ließe im Widerspruch mit dem Gutachten der beiden Ärzte, auf das sich der Beschluß des hiesigen Landgerichts stütze, welcher die Einstellung des Verfahrens gegen den Fleischhacker Hoffmann herbeiführte, danach sollte die Ermordung des Synchrosten Winter zwischen 8-4 Uhr und bis spätestens 1/2 Uhr nachmittags erfolgt sein.

Weber von Hoffmann noch von anderen ebenfalls unter dem Verdacht der Thäterhaft stehenden Personen sei das Urteil für die Zeit bis 7 Uhr abends nachgewiesen worden. Die Feststellung, daß zwei Schritte von beiden Seiten geführt worden seien, beweise jedenfalls, daß die Wunde Winters kein Schußwund sei.

Ausland.

Stonien-Kongress.

London, den 19. August 1900.

Die Reaktion einer Reaktionsbewegung — des Antisemitismus — stellt der Zionismus eine seltene Mischung fortschrittlicher und reaktionärer verständlich-realistischer und romantisch-utopischer Bestrebungen dar. Kein unparteiischer Denker wird es von vornherein verwerflich finden, wenn in einer Zeit, wo in fast allen Ländern starke, die Juden unterschiedlos als solche bekämpfende Bewegungen sich geltend machen, in den Reihen der ersten Verbindungen zur Gegenwehr gegen diese Bewegungen und die von ihnen bewirkten Verfolgungen, Achtungen oder systematischen Zurücksetzungen der Juden erscheinen. Aber jeder vernünftige Mensch muß sich auch fragen, ob gerade im Falle der Juden eine Gegenbewegung gegen Verfolger sehr viel Last, Selbstbeherrschung und Mühsal erfordert, denn das Judentum stellt als Ganzes weder eine unterdrückte Klasse noch eine unterdrückte Nation — überhaupt nur in sehr bedingtem, sehr eingeschränktem Sinne ein Eingeständnis dar und hat es ebenso mit Segnern und Bedrückten sehr verschiedener Art zu thun. Die rechtliche Lage der Juden ist in den verschiedenen Ländern sehr verschieden, dergleichen ihr Kulturstand, damit aber auch ihre Bedürfnisse und ihre ganze Stellung zu dem Volke, in dessen Mitte sie leben. Und so ist schon von vornherein eine große Begrenzung der Gegenbewegung in ihren Programmen und Methoden angezeigt.

Das aber ist es gerade, worin es die zionistische Bewegung fehlen läßt. Das Ziel, nach dem sie ihren Namen trägt, — die Wiederherstellung eines jüdischen Staatswesens in Palästina — soll dabei noch ganz außer Betracht bleiben. Denn wenn es auch unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen völlig utopisch ist, so ist es doch nicht notwendigerweise widersinnig. Widerförmig aber ist es, den Prozeß der Assimilation der Juden in den Kulturstaaten, weil er sich langsamer vollzieht als ebendem geglaubt wurde und seltener zur völligen Verschmelzung der Abstammungsunterschiede führt, nun rückgängig machen oder aufhalten zu wollen. Es ist nicht widersinnig, von einem westeuropäischen Juden zu verlangen, daß er für unbedeutende Stammesgenossen in östlichen Ländern Herz und Hand offen hat, aber es ist offenbar widersinnig, ihm zuzumuten, eine härtere Solidarität mit ihnen zu empfinden, als mit dem Volke, in dessen Mitte er lebt, an dessen kulturellem und nationalem Wohlsein er Anteil hat. Solche und ähnliche Ideen wären jedoch in den Köpfen vieler Zionisten und erhalten durch das Programm der Wiederherstellung einer jüdischen Nationalität Legitimierung und Förderung. Und soweit er ihnen in seinen Beschlüssen Folge giebt, in seinen Publikationen ihnen Vorschub leistet, ist der Zionismus notwendigerweise reaktionär.

Schon der äußere Anblick des Zionisten-Kongresses, der in der letzten Woche hier stattfand, verrät die Mängel der Bewegung. Eine verschiedenartig gemischte Gesellschaft als sich da in der Queen's Hall zusammenfand, kann man sich kaum denken. Angehörige der verschiedensten Kulturen, der verschiedensten Gesellschaftsklassen, der verschiedensten Berufe und der verschiedensten sozialen Bestrebungen wimmelten in buntem Gemisch durcheinander. Nun stellen freilich auch Nationen stets ein buntes Durcheinander dar, aber davor macht ein Volk noch keine Nation. Als am Donnerstag zur Debatte über eine der englischen Fragen der Konferenz, die Frage der internationalen Stellung des Judentums, geschritten wurde, traten zwischen den Vertretern westlicher Anschauungen und den Rabbinern des Ostens so heftige Gegensätze zu Tage, daß man schließlich keinen anderen Rat wahrte, als Nebenhand zur Tagesordnung zu verschleichen.

In anderen Punkten, wie Unterstützungsweisen zc., unterschiedet sich die zionistische Bewegung nicht von den anderen Vereinigungen für verfolgte Glaubensrichtungen, Klassen oder Nationalitäten. Aber indem sie die Mängel der Unterstützungsbedürftigen auf ein Ziel richtet, dessen Verwirklichung mehr wie problematisch ist und, statt das jüdische Problem zu vereinfachen, es nur noch mehr komplizieren würde, muß sie auch darin oft mehr Schaden als Nutzen stiften. Ganz besonders offen tritt dies zu Tage, wo wirtschaftliche Unternehmungen, wie kolonialisatorische Versuche, nicht von den wirtschaftlichen Bedingungen ihres Gedeihens abhängig gemacht, sondern mit ideologischen Bestrebungen verquillt oder ihnen untergeordnet werden.

Der Konferenz, die viele Teilnehmer zählte, welche in ihrer Verfassung oder sonstigen Beschaffenheit hohe Achtung genießen, und auf der mit großem Eifer und Enthusiasmus gearbeitet wurde, präsidierte Dr. Herzl von Wien, und neben ihm traten Dr. Max Nordau-Pest und der aus Galizien stammende anglo-jüdische Schriftsteller J. Jangwill besonders in den Vordergrund. Daß Dr. Herzl,

wo die Nationalitätenfrage die widerspruchsvollsten Kombinationen zu Tage fördert, die Fragen der Politik so oft schief richtet, eine so große Rolle auf der Konferenz spielte, kann als ein bezeichnendes Symptom betrachtet werden.

Die englische Presse hat über die Konferenz ziemlich ausführlich berichtet und ihren Berichten gegenüber eine gewisse Sympathie an den Tag gelegt. Es kann das bei der bekannten Stellung der Engländer zu religiösen und Kolonialfragen nicht wundernehmen. Aber diese Sympathie hat sie doch nicht gehindert, die praktischen Schwierigkeiten des Hauptziels der Zionisten in helles Licht zu stellen. Und schließlich ist noch erwähnt, daß, wie anderswärts, so auch in England verschiedene der von den Zionisten für ihre Bestrebungen vorgebrachten Argumente von — Unwissenheit und begierig aufgegriffen wurden.

Frankreich.

Der Deputierte Cluseret ist im 77. Lebensjahre gestorben. Infolge war Mitglied der Kammer, wurde dann aber Mitglied der sozialistischen Arbeiterbewegung. In neuerer Zeit hatte er sich den Nationalisten angeschlossen.

England.

London, 22. August. Labouchère veröffentlicht heute in seinem Blatte „Times“ Briefe, welche in Pretoria aufgefunden wurden und die er an Montague White am 2. und 4. August 1899 geschickt hatte. Er hat in diesen Briefen dem Präsidenten Kruger dringend, den Vorschlag Englands anzunehmen, eine gemischte Kommission zur Prüfung des Wahlrechtgesetzes zu bilden, vorher werde hierdurch Zeit gewinnen und somit die Verhandlungen hingehen. Labouchère schrieb weiter, daß das Wahlrecht ausbleiben sei, den Krieg zu vermeiden, daß es aber mit Chamberlain glimpflich zu verfahren wünsche. Chamberlain habe nach Bekanntwerden dieses Briefes an Labouchère am 6. August d. J. geschrieben und Labouchère aufgefordert, sich zu seinen Briefen zu äußern. Labouchère vertritt in seiner Antwort den Rat, den er dem Präsidenten Kruger gegeben hat.

Italien.

Brescia, Turati hatte Reue, die Verteidigung des Attentäters Bresci zu führen. Nach einer neuen Meldung des „E.“ ist er von dieser Absicht wieder zurückgekehrt. Es wird gemeldet: Der Deputierte Filippo Turati hat, nachdem er eine neue Unterredung mit dem Wörder Bresci hatte, die Verteidigung des letzteren abgelehnt. In einer Mitteilung an die Presse erklärt Turati, die Unterredungen mit Bresci hätten ihn nicht von der Überzeugung abbringen können, daß die Übernahme der Verteidigung durch ihn, der das Amt eines Advokaten schon seit zehn Jahren nicht mehr ausübt, zu vielen Mißverständnissen Anlaß geben könne. Ueber die letzte Unterredung Turatis mit Bresci wird folgendes berichtet: Bresci blieb eiskalt und indifferent auch bei der geistigen Unterredung, sogar die Mitteilung der Ablehnung Turatis ließ ihn völlig kalt. Er sprach nur einen Wunsch aus, der Prozeß möge verschoben werden, damit die Herren aus Amerika eintreffen könnten, die seine Unschuld bezeugen würden. Bresci erklärte, die That ganz allein erdacht und ausgeführt zu haben. Den Vorschlag habe er jedoch im Jahre 1895 gefaßt, als in Sizilien auf das Volk geschossen worden sei. Bresci machte auf Turati den Eindruck eines Menschen mit sehr beschränkter Intelligenz, der kalt, schwach, ja beinahe sinnlos sei. Bei der Frage nach seiner Familie in Amerika erklärte er, daß seine Frau ihm nicht angetraut sei, sie sei nur seine Genossin. Bei der Erwähnung seines Kindes wurde er zum erstenmal ein wenig bewegt und sprach den Wunsch aus, es leben zu können. Zuletzt erwiderte er Turati um seine Unterstützung beim sozialistischen Deputierten Ferrer, damit dieser seine Verteidigung übernehme. Diese Bemerkung lehnte Turati entschieden ab. Auf alle Fälle bleibt dem Wörder die Verteidigung des gerichtlich bestellten Advokaten Marcell.

Ungarn.

In einem bulgarisch-rumänischen Konflikt hat die von Rumänien an den Franzosen gestellte bulgarisch-macedonische Propaganda geführt, deren angeblich selbst mit Dolch und Gift arbeitenden Intriganten sich gegen Rumänien richteten. Es wird bereits über beiderseitige Klümpchen gemeldet, doch dürfte es sich hierbei um aufgedeckte Sensationsnachrichten handeln. Ueber den Konflikt liegen folgende Telegramme vor:

Sofia, 22. August. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die Mobilisierung der drei nordbulgarischen Divisionen vorbereitet wird, sämtliche Offiziere erhielten Befehl, sich schleunigst auf ihre Posten zu begeben, ferner geht das Gerücht, daß der Ministerrat beschloffen habe, dem in Konstantinopel weilenden Fürsten schleunigst Heimkehr anzupfehlen. Das rumänische Generalkonsulat in Sofia wird seit einigen Tagen von einem verstärkten Polizeiaufgebot bewacht.

Bukarest, 22. August. Die „Agence Roumaine“ meldet: Glaubwürdigen Nachrichten zufolge ordnete Bulgarien die Mobilisierung der Divisionen in Biddin, Kustschul und Schumla an. Die Offiziere, die aus verschiedenen Gründen von ihrer Truppe abweisend waren, erhielten den Befehl, zurückzukehren. Eine große Anzahl Bulgaren, die in der Umgegend von Odessa arbeiten und gewöhnlich im Dezember nach Bulgarien kommen, lassen in großen Mengen ihre Pässe wirksam, um in die Heimat zurückzukehren, alle gehören der Armeereserve an.

Sofia, 22. August. Die „Agence Bulgare“ bezeichnet das Gerücht von der Mobilisierung des bulgarischen Heeres als aus der Luft gegriffen und stellt fest, daß die Regierung, die Bevölkerung und die Presse eine ruhige Haltung gegenüber den Vorgängen in Rumänien beobachten.

Asien.

In Irkutsk sind Hausdurchsuchungen vorgenommen worden bei den politischen Verbunden Bogajew, Wjatschow, Sophie Solter, Hochnewitz und Kojew. Bei dem letzteren fand man Buchdruckerschrift und er wurde verhaftet.

Yokohama, 22. August. Der japanische Vizekonsul in Edinburgh in der Nähe von Genoa berichtet, daß 1000 koreanische Auftritte Söng-schün angegriffen und die Häuser der Beamten zerstört und verbrannt hätten. Die japanischen und koreanischen Beamten hätten sich nach Genoa zurückgezogen.

Afrika.

Dem Boerenkrieg. Ueber Gesichte der Engländer mit De Weits Nachricht liegen zwei Nachrichten vor. Nach der einen Meldung hatte General Faget ein Gefecht zu bestehen, über das nähere Mitteilungen nicht gemacht werden, nach der andern war Oberst Waldon bei Sonderloop in ein Gefecht mit De Wet verwickelt, dessen Ausgang noch nicht bekannt war. Außerdem wird aus Kapstadt vom 22. gemeldet, daß Oberst Schwell bei einer Rekonnoiterung in der Nähe von Waterburg einen Verlust von 31 Verwundeten erlitten habe. Es läßt sich nicht übersehen, ob es sich um ein und dasselbe Gefecht handelt.

Ueber De Weits mutmaßliche Absichten erteilt ein Telegramm aus Pretoria: Es ist offenbar De Weits Absicht, sich nach Durbodet zu wenden, und man hat Grund anzunehmen, daß alle Boeren, einschließlich des Wobasjen-Kommandos, sich bei Bushveldt zu konzentrieren beabsichtigen, indem sie Machadoborp und Uydensburg ohne ernstlichen Widerstand räumen.

Ein Telegramm, 20. August, datteres Telegramm meldet: Die Boerengenerale Louis Botha, Meyer, Schall Burger, Bourie und Tobias Smuts sollen zur Zeit mit etwa 8000 Mann und der ganzen Artillerie der Boeren, darunter die schwersten Geschütze, bei Machadoborp liegen.

Außerdem verzeichnen wir noch folgende Telegramme: **Capetown, 22. August.** Carrington nahm den Boeren Vorkräfte weg. Weissen hatte ein Gefecht mit dem Lichtenberg-Kommando bei Otshoop.

London, 22. Aug. Das Kriegsam macht große Anstrengungen die Meldungen, nach welchen unter den kanadischen Soldaten in Südafrika zahlreiche Spione entdeckt wurden, welche den Boeren Mitteilungen über die Bewegungen der englischen Truppen zugehen ließen, zu verhindern. Demgegenüber stellen die Boeren fest, daß 20 Kanadier zu je 10 Jahren Gefängnis wegen Verrats verurteilt worden sind. Viel bemerkt wird hierbei die Thatsache, daß diese Kanadier nicht französischer, sondern englischer Abstammung sind.

London, 22. August. Ununterbrochen treffen Dampfer mit Kranken oder genesenden Offizieren und Mannschaften aus Südafrika an Bord in den englischen Häfen ein. Der gestern in Southampton eingetroffene Dampfer „Canada“ hatte 81 Offiziere und 992 Soldaten an Bord, darunter nur 61 Verwundete.

Amerika.

Wider den Imperialismus.

Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten werden unter der Führung des Imperialismus ausgefochten. Mac Kinley vertritt die Fortsetzung seiner imperialistischen Politik, welche das Volk der Vereinigten Staaten in Afrika und in die westlichen Abhängigkeiten gegen die Eingeborenen der Philippinen vertritt. Der demokratische Kandidat Bryan bekämpft diesen Imperialismus.

In einer Rede in Indianapolis sprach sich Bryan, wie wir der „Frank. Bl.“ entnehmen, in folgender Weise aus:

„Es bleibt gegenwärtig nur eine einzige Frage, welche auf das Schicksal des amerikanischen Volks von weittragendem, ja von einschlagendem Einfluß ist: die imperialistische Politik des Präsidenten. Herr Mac Kinley vertritt die alte Methode in die imperialistischen Institutionen des Landes zu legen, indem er ein großes stehendes Heer notwendig macht. Eine große bewaffnete Organisation, die sich von einer Centralstelle leicht dirigieren läßt, sei stets von größter Gefahr für die Freiheit der Bürger geworfen, wie die Geschichte aller Republiken zur Genüge zeigt. Militarismus und Imperialismus gingen stets Hand in Hand; letzterer konnte ohne ersteren keine Stunde bestehen, und das letzte Endziel militärischer Bestrebungen sei das Regiment des Militärbeherrschers.“

Die demokratische Partei befehlet nicht den, der sich Reichthümer auf erliche Weise erwirbt; sie hat nicht den Wunsch, Reichthum und Erwerbssucht zu entmuthigen. Eigentumsrechte sind aber dort am sichersten, wo die allgemeinen Menschenrechte am besten respektiert werden. Die demokratische Partei sucht eine Konstitution an, in welcher jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft nach seinem Verdienst gewürdigt wird.

Schon jetzt stellen wir den lähmenden Einfluß des Imperialismus. Bisher war unsere Nation schnell bereit, ihre Sympathie für diejenigen auszusprechen, die für ihre Freiheit kämpften. Während die Sphäre unserer Thätigkeit auf die weltliche Erdbühne beschränkt blieb, konnten unsere Gefühle nicht die Grenzen, welche das Meer gezogen hat. Wir haben gefühlt, daß wir es uns, wie auch der Welt, sowie denjenigen, welche für ihre Freiheit kämpfen, schuldig waren, zu zeigen, welchen Anteil wir an jedem Kampf zwischen den allgemeinen Menschenrechten und arbiträrer Gewalt nahmen. Selbst als unsere Nation noch klein war, haben wir in dem Freiheitskampfe Griechenlands unsere Gefühle angesichts Ausbruch verliehen. Vor vier Jahren erklärten beide Parteien ihre Sympathie mit den Kubanern, der jetzt, da der Krieg in Südafrika ausgebrochen ist, wagen es die Befürworter des Imperialismus nicht, auch nur ein Wortchen zu Gunsten der Boeren zu sagen. Eine Sympathieumgebung für die Boeren kann nicht als eine Unfreundlichkeit England gegenüber angesehen werden, denn das Volk der Vereinigten Staaten ist seiner andern Nation unfremdlich gesinnt. Die Sympathie mit den Boeren, wie wir sie in unserer Plattform ausgedrückt haben, ist darauf zurückzuführen, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker hochhalten und wie ihre Vorfahren, gegen jede monarchische Herrschaft sind.

Die verwerfliche Stelle der republikanischen Politik wird aufgegedet, wenn man eine Parallele zieht zwischen dem politischen Status der Kubaner und dem der Philippinos. Erstere sollen frei und unabhängig werden, während die Philippinos nach der republikanischen Plattform mit Selbstverwaltung erhalten sollen, soweit es sich mit ihrer Wohlfahrt und ihren Pflichten verträglich ist. Die Philippinos sollen, wie die Porto-Ricaner schon sind, eine Art Bürger zweiter Klasse werden, die von Washington aus zu regieren sind.

In welcher Weise ist unser Standpunkt von dem der Engländer im Jahre 1776 verschieden, die ja auch den amerikanischen Kolonisten eine gute Regierung und Selbstverwaltung, soweit es sich mit ihrer Wohlfahrt verträglich ist, versprochen? Welcher König hat je seinen Unterthanen gesagt, er werde nicht gut regieren? Hatte nicht die spanische Regierung versprochen, den Kubanern Selbstregierung zuzugestehen, soweit die Wohlfahrt Kubas dadurch gefördert werden könne und die „Pflichten Spaniens“ erfüllt würden? Der ganze Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik mag in diesem Satze gefunden werden: In einer Monarchie giebt der Monarch eine Verwaltung, wie er sie für das beste für seine Unterthanen hält; in einer Republik verleiht das Volk sich selbst die Verwaltung, die ihm gut dünkt. Die republikanische Partei hat sich auf die Bahn begeben, welche logischerweise zur Monarchie führt.

Wenn ich erwählt werde, will ich sofort nach meinem Amtsantritt den Kongreß zu einer anhergehöblichen Tagung einberufen und empfehlen, daß derselbe folgende Erklärung abgibt: „Die Vereinigten Staaten richten eine stabile Regierungsform auf dem Philippinen-Archipel ein, genau so wie sie jetzt eine solche auf Kuba errichten; sobald dies Ziel erreicht ist, werden die Philippinos ihre Unabhängigkeit erhalten, und gegen äußere Angriffe durch die Vereinigten Staaten geschützt werden, wie diese jetzt die andern amerikanischen Staaten schützen.“

Zur Wahlentrichtung der Regier. Aus New York schreibt man uns unterm 8. August: Wie zu erwarten war, ist in Nord Carolina das Amendement zum Wahlgesetz, welches die Entscheidung der Regier bezweckt, mit großer Majorität angenommen worden. Von 115 000 Wählern stimmten 75 000 dafür; da die Gesamtzahl der Wähler über 340 000 beträgt, haben also 225 000 nicht teilgenommen. Ueber die Amtnahmen der weissen Arbeiter läßt sich noch nichts sagen; dies kann erst beurteilt werden, wenn die Resultate an den einzelnen Industriepunkten bekannt sind, an denen, wie früher mitgeteilt, die republikanische Partei unter denselben Anhang gewonnen haben soll. Im übrigen war das Resultat die Erwählung von 120 demokratischen und 13 republikanischen und populistischen Legislativ-Abgeordneten.

Die demokratische Presse des ganzen Südens äußerte ihre Erregung über den Ausgang. Ein Blatt in New Orleans äußerte offenherzig, die Intention des Amendements sei gewesen, das Weisheitsgesetz abzuschneiden, welches nicht allein das Votum der Regier, sondern auch das der weissen Arbeiter bildete. Das Amendement bestimmt zwar, daß diejenigen Wähler, welche schon 1867 (das ist vor Einführung des Regiergesetzes) das Wahlrecht besaßen, sowie deren direkte Nachkommen dem Gesetz nicht unterworfen seien; in dessen Weisheit man sehr gut, daß daselbst eventuellen Falles auf die große Masse der weissen Arbeiterbevölkerung Anwendung finden kann. Nach dem Census von 1890 besaßen sich in dem Staat unter einer 1 620 000 betragenden Gesamtbevölkerung 409 700 Personen über zehn Jahren, welche nicht lesen und schreiben konnten, davon 108 700 Regier und 75 000 eingetragene Weisheit. — Wie man jetzt weiß, waren im ganzen Staate bewaffnete Bänder organisiert worden, welche nicht allein die Regier von den Registrierungsplätzen fernzuhalten hätten, sondern auch jeden Versuch weicher Amendements, gegenwärtiger Agitatoren zur Abhaltung von Versammlungen verhindern

Größere Massakres (wie sie bei der Wahl 1866 stattgefunden) waren nur deshalb nicht zu verzeichnen, weil die Regier., einzelne Klagen angenommen, den Regirierungs-Instanzen fernblieben. Anfallen musste es, daß die republikanische Partei keinerlei Maßregeln getroffen hatte, um die Regier. in Ausübung ihres Wahlrechts zu beschützen. Es muß angenommen werden, daß sie — wie schon angeführt — darauf rechnet, das Staats-Obergericht werde das Amendement als unkonstitutionell kassieren, oder aber, daß sie nach Ausschluß der Präsidentenwahl die Wahlstimmen des Staates (sowie eventuell diejenigen von Louisiana, Mississippi und Süd-Carolina, in denen gleiche oder ähnliche Wahlfach-Amendements angenommen wurden) vom Bundeskongress auf Grund der Bundeskonstitution für ungültig erklärt werden, wie dies ja schon einmal, 1877, bezüglich der Wahlstimmen der Staaten Florida, Louisiana und Süd-Carolina wegen Einschüchterung der Wähler und Wahlfälschung geschehen ist.

Der Socialismus in Rußisch-Polen.

(Schluß.)

Die Organisation der Socialistischen Partei Polens ist selbstverständlich eine geheime. Die Partei ist auch nicht in der Lage, irgend welche Angaben darüber zu veröffentlichen. Nur soweit es sich um die Organisation der Partei handelt, sind die öffentlichen Verhältnisse in die Organisation aufgenommen worden. In Städten mit mehr entwickelter Bewegung werden auch Fachgruppen gegründet, welche die Agitation und die Streiks in ihren Betrieben bzw. in den einzelnen Fabriken selbstständig leiten. Die Erfahrungen der früheren Jahre haben bewiesen, daß alle Gewerkschaftsorganisationen nach westeuropäischen Muster, alle „Widerstandsligen“ in kurzer Zeit von der Gendarmenrie vernichtet worden sind. Deshalb sind die Parteigruppen zur Ueberzeugung gekommen, daß rein gewerkschaftliche Organisationen bei den politischen Verhältnissen Polens unhaltbar sind, umwille Opfer an Menschenleben und nicht geeignet sind, den Klassenkampf zu führen. 1897 stellte das Central-Komitee der Partei an eine Konferenz der Agitatoren die Frage: „Soll man die Gründung von Widerstandsligen propagieren?“ Die einstimmige Antwort lautete: Nein. Das Proletariat Polens hat also nur eine Organisation — die Socialistische Partei Polens, die den Klassenkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete führt.

Die für die Agitation bestimmten Gelder, die sich aus Beiträgen und aus dem Verkauf von Schriften zusammensetzen, betrugen 1895 8275,65 Rubel (1 Rubel = 2 1/2 M.), 1896 5255,54 Rubel, 1897 5616,17 Rubel, 1898 10 402,98 Rubel, 1899 12 810,34 Rubel.

Das Central-Komitee bemerkt in seinem Bericht, daß diese Gelder zur Erfüllung der der Partei obliegenden Aufgaben nicht mehr reichen.

Die Agitation der Partei wurde besonders durch Broschüren, Flugblätter und Zeitungen getrieben. Da alle Versammlungen streng verboten sind, kann die mündliche Agitation nur in sehr geringem Umfange betrieben werden. Die Partei richtete deshalb ihr Hauptaugenmerk auf die geheime Verbreitung von Druckschriften. Nur auf diesem Wege kann die Partei ihre Grundgedanken und Bestrebungen den Massen klar machen. In den Berichtsjahren (1. Januar 1896 bis 31. Dezember 1899) hat man im Lande 194 020 Exemplare verschiedener Druckschriften geheim gedruckt, 128 634 Exemplare aus dem Ausland eingeführt, zusammen 307 654 Exemplare, die in den fünf Jahren im Lande verbreitet worden sind.

Der weiß, wie schwierig es ist, verbotene Drucksachen über die russische Grenze zu bringen, mit wie unendlichen Schwierigkeiten der geheime Druck im Lande verbunden ist und wie viel Hindernisse der Verbreitung der Schriften entgegenstehen, der kann dieser Leistung die größte Anerkennung nicht verweigern. Trotzdem sagt das Central-Komitee, daß die verbreiteten Schriften bei der kolossalen Entwicklung der Partei in den letzten 2 Jahren den vorhandenen Bedürfnissen keineswegs genügt haben, und fordert die Genossen zu größerem materiellen Opfern auf, um eine weit größere Tätigkeit auf diesem Gebiete entfalten zu können. Das Central-Komitee ist der Meinung, daß die Erhaltung und Vergrößerung des Verlags im Lande von größter Bedeutung für die Bewegung ist.

Von den im Land gedruckten Schriften stehen 52 Auftrufe des Central-Komitees (117 820 Exemplare) an erster Stelle. Von dem Partei-Organ „Robotnik“ („Der Arbeiter“) sind 29 Nummern in zusammen 99 400 Exemplaren erschienen, dann 10 Nummern eines Bergarbeiterblatts, 17 gewerkschaftliche Schriften usw. Die aus dem Ausland eingeführten Drucksachen verteilte sich auf 49 296 Broschüren, 88 442 Exemplare Zeitungen und Zeitungen (darunter 22 652 Exemplare des Londoner Partei-Organ „Przedwiti“), 1455 größere Werke (darunter 858 Exemplare von Bebel's „Die Frau und der Socialismus“ in polnischer Uebersetzung) und 15 276 Flugblätter. Der in 1890 Exemplaren im Lande herausgegebene, ständig steigende „Robotnik“ entspricht keineswegs dem Bedarf. Der größte Teil der Schriften wird außerhalb Warschaws verbreitet.

Wegen der verbreiteten Schriften erwiesen sich die öffentlichen Demonstrationen als vorzügliche Agitationsmittel. Den Anstoß zu ihnen hat die Kaiserin gegeben. Auf dem 4. Vorreitig beschloß man, zum 1. Mai 1898 an allen Orten, in denen die Bewegung stark genug war, Demonstrationen zu veranstalten. Die Kaiserin wurde bis 1898 von den Arbeitern durch spontane Streiks begangen, die in einzelnen Fällen die gesamte Arbeiterschaft umfaßten. Die Streiks, welche meistens nur kurze Zeit währten, waren der Ausdruck der gährenden Unzufriedenheit der Massen — nicht aber ihrer politischen Auffassung. Und so konnte man beobachten, daß die Streikenden, wenn sie durch den Streik keinen Erfolg erringen konnten, sich im nächsten Jahre gar nicht an der Kaiserin beteiligten. Trotzdem haben diese Streiks Laufende und Abertausende zum Klassenbewußtsein gebracht und die Arbeiter gelehrt, daß ihr größter Feind die Regierung ist. Eine 1897 abgehaltene Konferenz beschloß die Veranstaltung von Streiks am 1. Mai von denselben Bedingungen abhängig zu machen, wie bei allen anderen Streiks. Seit der Zeit wurde auch der 1. Mai der Tag des flammenden Protestes gegen Ausbeutung und Unterdrückung — und einer gewaltigen Rundgebung der internationalen Arbeiter-Solidarität. Am 1. Mai 1898 fanden in Warschau und dem Bergbezirk Sosnowice Umzüge statt. 1899 wurden diese Demonstrationen noch größer. Zum erstenmal wurde das Arbeiterlied „Die rote Fahne“ auf den Straßen gesungen. Am Jahrestage der Ermordung der streikenden Bergleute in Guta Bankowa fand eine gewaltige Volksversammlung an den Gräbern statt — und die erste öffentliche Rede in unserer Bewegung wurde hier gehalten. Das Central-Komitee stellt in seinem Bericht fest, daß der Verlauf dieser Demonstrationen ein häufiges Wachsen des Mutes und der revolutionären Gesinnung der Masse bezeugen haben. Und das ist in einem Lande, in dem die Regierung jede Bewegung gewaltiam zu unterdrücken sucht, in dem Umzüge und Demonstrationen von einer wilden Soldateska überfallen und gesprengt werden, wo die Teilnehmer auf Mißhandlungen und langjährige Freiheitsstrafen gefaßt sein müssen, von allergrößter Bedeutung. Und dies umwille, als die Demonstrationen auf das ganze Volk, das seit dem Aufstande von 1863 nichts Ähnliches gesehen hat, einen gewaltigen Eindruck machten. Das ganze Land spricht von ihnen. So hat die Partei in den Umzügen ein neues Mittel gewonnen, die Massen zu begeistern und für sich zu gewinnen. Die Kaiserin selbst nahm 1900 in Warschau und in der Provinz weit größere Dimensionen als bisher an. Die Begräbnisse der Genossen wurden in einigen Städten gleichfalls zu socialistischen Demonstrationen.

Die Agitation der Partei unter der Landbevölkerung konnte noch nicht planmäßig getrieben werden. Selbstverständlich ließ man sich keine geeignete Gelegenheit entgehen, Volksversammlungen in den Massen des Landproletariats zu bringen. Bei Jahrmärkten, Kirchweihfestlichkeiten usw. suchte man sie zu verbreiten. Immerhin ist der socialistische Gedanke auch auf dem flachen Lande in manche Kreise gedrungen. Durch Verbreitung von Broschüren, Verbreitung eines polnisch gedruckten Agitationsblatts „Die Aufklärung“ (H. Vorträge von Beamten hat die Regierung versucht, den Landmann an staatsreue Schriften und Gedanken zu gewöhnen. Dennoch sind die socialistischen Schriften von den Landleuten stets freudig aufgenommen worden.

Die Agitation unter den jüdischen Arbeitern wurde in den letzten Jahren mittels im Jargon geschriebener Flugblätter befördert; 1898 ist auch die erste Nummer eines jüdischen Blatts: „Der Arbeiter, Organ der Socialistischen Partei Polens“, erschienen. Die Partei sieht auf dem Standpunkt, daß die jüdischen Arbeiter in Polen und Litauen die gleichen Interessen wie die polnischen und litauischen Arbeiter haben und erachtet deshalb die Sonderorganisation eines Teils der jüdischen Arbeiter im „Jüdischen Arbeiterbund für Rußland und Polen“ als nicht notwendig. In Kongress-Polen hat der „Gund“ nicht viele Anhänger, mehr dagegen in Litauen.

Die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Streiks war eine sehr reiche. Von 52 Flugblättern, die im Lande gedruckt waren, besaßen sich 28 mit Streikangelegenheiten, außerdem eine gleiche Anzahl hektographierter Auftrufe. 6 Flugblätter besprachen Arbeitsverhältnisse einzelner Branchen. Der „Robotnik“ und der „Garnit“ (Bergarbeiter) widmeten die Hälfte ihrer Spalten gewerkschaftlichen Angelegenheiten. In den 5 Berichtsjahren fanden 186 Streiks statt. Davon umfaßten 47 alle oder fast alle Berufsangehörige eines Faches in der betreffenden Stadt. Nach dem sehr unvollständigen Angaben, die in den Parteiblättern im Laufe der Jahre veröffentlicht waren, haben an diesen Streiks insgesamt hunderte Tausende Arbeiter teilgenommen. Von den 186 Streiks waren 153 auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gerichtet, während 33 Abwehrstreiks waren. 127 Streiks endeten mit einem ganzen oder teilweisen Erfolg der Arbeiter, während 59 resultatlos verliefen.

Auf die einzelnen Jahre verteilt sich das wie folgt:

Jahr	Streiks	Erfolg hatten	Ohne Erfolg
1895	22	17	5
1896	11	8	3
1897	42	32	10
1898	44	30	14
1899	67	34	33

Die Streiks, welche Verlängerung der Arbeitszeit erzielten, sind in ständigem Wachsen. 1895 waren es nur — 1, 1896 schon 4, 1897 — 23, 1898 — 22 und 1899 — 41. In Warschau bot man in den meisten Fabriken schon den 10-Stunden-Tag an. In vielen Fabriken den ständigen Arbeitstag — während für die Erziehung der ständigen Schicht schon viele Streiks stattgefunden haben.

In den streikenden 127 Streiks nahmen 40 000 Arbeiter teil — an den 59 verlorenen dagegen 52 000. Aufgewonnen gewonnenen 31000 entfallen also 316 Arbeiter — auf einen verlorenen 880. In anderen Worten — die größeren Streiks gehen in Polen viel eher verloren als die kleineren. Das ist auch ganz erklärlich.

Der Bericht sagt darüber: „Während sich die Einmischung der Regierung bei kleineren Differenzen der Arbeiter mit den Fabrikanten auf das Erreichen des Fabrikinspektors mit der Polizei, auf Drohungen und Verhaftungen der als Agitatoren verdächtigen Personen beschränkte — erschienen bei größeren Streiks die Gouverneure mit Militär, es waren einfach Ueberfälle der wilden kaiserlichen Horden über friedlich streikende Arbeiter.“ Die Arbeiter werden mit Knuten gepeitscht, mit Gewalt in die Fabriken getrieben, Hunderte ins Gefängnis geworfen, Hunderte ohne Grund ausgewiesen, den Fabrikanten wird ganz kategorisch das Nachgeben verboten. Doch unter solchen Umständen mancher Streik verloren ging, ist selbstverständlich. Die Fabrikanten sind verpflichtet, jeden Streik sofort der Polizei zu melden, in den Fabriken sind Polizisten stationiert, die Fabrikinspektoren sind nicht anders als Fabrikspione. Das alles erschwert den wirtschaftlichen Kampf ungemein. Trotzdem ermahnt die Partei die Arbeiter, mit noch größerer Energie als bisher bei Streiks stand zu halten. Wenn auch die unaufrichtigen Brutalitäten der Regierung jedem Arbeiter den Gedanken des politischen Kampfes auf Leben und Tod mit der russischen Gewalttherrschaft tagtäglich vor Augen führen, diese man den Augenblick der Verheerung nicht abwarten. Der wirtschaftliche Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft mußte mit ungebrochener Kraft geführt werden. Dem Bündnis der Regierung mit den Kapitalisten müssen wir einen immer festeren Grund der Arbeiter entgegenstellen.“

Die bisherigen Erfahrungen haben zu einer gewissen Streiktaktik geführt, die der Bericht in den Worten zusammenfaßt: Jeder Streik muß eine geordnete Streikleitung haben. Die Streiks sollen vorwiegend bei günstigen Konjunkturen in der Branche stattfinden. Auf Beiträge von außen kann man bei unsren Verhältnissen nicht rechnen. Man soll niemals einzelne Genossen als Delegierte, Vertrauensleute vorschleichen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Vorschlag der Behörden oder der Fabrikanten, Deputationen zu wählen, stets Verrat war; man erhebt damit die Namen der Leiter des Streiks und macht sie durch sofortige Verhaftung unschädlich. Seitdem haben sich die Arbeiter in Polen daran gewöhnen müssen, bei Streiks in allen Fragen nur massenhaft vorzugehen. Streikbrecher sind mit allem Nachdruck zu bestrafen.

Wie die russische Regierung streikende Arbeiter behandelt, haben wir schon erwähnt.

Die ungeheure Zahl der bei Streiks Verhafteten läßt sich absolut nicht feststellen. Selbst vor Mord sprachen die Jarenhergen nicht zurück. Beim Bergarbeiterstreik von 1896 in Guta Bankowa ließ man die Arbeiter vor die Kasse kommen. Sie fanden sich plötzlich von Militär eingeschlossen — und eine Salve brachte 7 Leichen blieben auf dem Platze.

Für socialistische Agitation hat man 1895 141 Personen, 1896 77 Personen, 1897 82 Personen, 1898 78 Personen, 1899 70 Personen verhaftet. Die Organisation ist also so glänzend ausgebaut worden, daß die Verhaftungen — trotz der großen Ausbreitung der Parteibewegung in den letzten Jahren — im Abnehmen begriffen sind. Die Regierung selbst ist so brutal geblieben, wie sie war, und die Abnahme der Verhaftungen ist nur der geschickten Konspiration der Genossen zuzuschreiben.

In den 5 Berichtsjahren hat man 289 Genossen zu 988 Jahren Gefängnis und Verbannung verurteilt.

Für die einzelnen Jahre lauten die Zahlen:

1895:	42 Genossen zu 10 Jahren Zwangsarbeit, 13 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 77 Jahren Verbannung nach Sibirien, 41 Jahren Verbannung nach Nord-Rußland und 13 Jahren Verbannung außerhalb Polens und der Universitätsstädte.
1896:	111 Genossen zu 48 Jahren Zwangsarbeit, 15 Jahren 8 Monaten Gefängnis, 133 Jahren Sibirien, 29 Jahren Nord-Rußland und 194 Jahren außerhalb Polens und der Universitätsstädte.
1897:	54 Genossen zu 7 Jahren 8 Monaten Gefängnis; 87 Jahren Sibirien, 18 Jahren Nord-Rußland und 66 Jahren außerhalb Polens und der Universitätsstädte.
1898:	16 Genossen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, 27 Jahren Nord-Rußland und 15 Jahren außerhalb Polens und der Universitätsstädte.
1899:	66 Genossen zu 11 Jahren 2 Monaten Gefängnis, 47 Jahren Sibirien, 69 Jahren Nord-Rußland und 78 Jahren außerhalb Polens und der Universitätsstädte.

Auch diese Zahlen sind durchaus unvollständig — die den Parteiblättern nicht gemeldeten Urteile, die hunderte von Jahren Untersuchungshaft (bei einzelnen 2-3 Jahre), die administrativen Ausweisungen, die erlaunte Polizei-Aufsicht sind in ihnen nicht enthalten.

Nach manchen Hindernisse führt sich vor uns auf — sagt der Bericht — noch manche ernstliche Frage werden wie zu lösen haben — doch haben wir keine Veranlassung, um die Zukunft besorgt zu sein. Unsere Arbeiterbewegung hat schon genug Beweise geliefert, daß keine Hindernisse sie in ihrem Siegeszuge aufzuhalten vermögen.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Gewerkschaften Berlins!

Der Streik der Berliner Militärflecken-Sattler, an dem über 400 Personen beteiligt sind, erfordert mehr finanzielle Mittel, als die kleine Organisation der Sattler aufbringen kann. Wir bitten daher die Berliner Arbeiterschaft, den Ausständigen, welche für höhere Löhne arbeiten müssen, die den Berliner Verhältnissen durchaus nicht entsprechen, ihre moralische und finanzielle Unterstützung zu teil werden zu lassen. Es ist bisher die vornehmste Pflicht der Berliner Gewerkschaften gewesen, den Arbeitern, welche noch rückständige Löhne erhielten, nach Kräften zu helfen, um sie den besser Situierten gleichzubringen. Hier gilt es, einem Gewerbe beizuhelfen, welches neben der Konfektionsbranche am schlechtesten dasteht.

Für die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften sind Sammellisten für die Streikenden in unserem Bureau, Gewerkschaftsbüro, Engelshof 15, I. Zimmer 8, von 9-11 vormittags und 6-8 nachmittags zu haben. Geldsendungen sind nur an A. Körten dafelbst zu richten.

Den Gewerkschaften zur Nachricht, daß sämtliche Gelder für die Sattler laut Regulativ an das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission zu senden sind und nicht an die Sattler, wie es irrtümlich in deren Aufsatze heißt.

Der Aufsatz der Berliner Gewerkschaftskommission.

Zum Streik der Militärflecken-Sattler. Eine Veränderung im Streik ist bisher nicht eingetreten; Streikbrecher haben sich nicht gefunden. Nun versuchen die Fabrikanten, zur Ausbesserung der Fußschneide-Arbeiter Schuhmacher und andere Arbeiter heranzuziehen. Wir möchten daher die Berliner Gewerkschaften, vor allem die Schuhmacher bitten, darauf hinzuwirken, daß sich keine Arbeitswilligen aus andern Kreisen finden. Obgleich zu konstatieren ist, daß bisher seitens der Streikposten noch nicht das geringste vorgekommen ist, sängt die Polizei an, sich in unwürdiger Weise mit den Streikenden zu beschäftigen; Kollegen, die nichts andres gethan haben, als in ruhiger, unaufrichtiger Weise in der Strafe auf- und abzugeben, wurden mit zur Reiterwache genommen; einzelne Beamte gingen so weit, den Rufschall in der betreffenden Straße zu verbreiten. Es ist bereits eine Vernehmung an das Polizeipräsidium abgefaßt worden, um Beseitigung dieser polizeilichen Eingriffe zu verlangen. Jetzt liegen die genauen Zahlen der am Streik Beteiligten vor. Im ganzen wurden 470 Streikarten abgegeben, da im ganzen 490 Personen im Betrieb beschäftigt waren, konnten nur 14 Arbeitswillige heraus. Von den Streikenden waren 270 verheiratet, die zusammen 307 Kinder haben. Bis heute sind von den Streikenden 4 abgereist und 30 wurden infolge Bewilligung seitens der Firma Klade in Arbeit gebracht. Wir bitten nochmals die Berliner Arbeiterschaft um Förderung unserer Bewegung. Die Streikleitung.

Zum Kohlenarbeiterstreik ist zu berichten, daß nicht, wie es in unserer letzten Nummer heißt, für einständige, sondern für zehnständige Arbeitszeit ein Lohn von 4 M. gefordert wird.

Achtung, Vergolber Berlin! Zugung ist fernzuhalten nach Pasing bei München, da in Münchener Leistenfabrik G. m. b. H. Differenzen ausgebrochen sind. Der Hauptvorstand, J. A. Heim, Späth.

Die Stuccature Potsdam stehen seit dem 2. Juli im Streik. Die Situation ist unverändert, die am Orte organisierten Stuccature sind in Berlin in Arbeit untergebracht, wogegen die im sog. Christlichen Verein organisierten bei der Firma Rosendauer und die Indifferenzen bei den Firmen Guseberg und Gemmat Streikbrecherdienste verrichten. Zum Ueberfluß sind auch diese Firmen bereit mit Schlichtungen versehen, daß die betreffenden Herren vorerst nicht daran denken werden, die in jeder Hinsicht beschriebenen Forderungen zu bewilligen. Eine moralische Unterstützung erwarten die Stuccature von den am Orte arbeitenden Maurern und zwar insofern, daß sie jede im Sinafach einschlagende Arbeit ablehnen auszuführen. Leider ist es ja vorgekommen, daß Maurer vom Stuccature angefangene Arbeit fertig gemacht haben. Hoffentlich genügen diese Jellen, um die Maurer an ihre Solidaritätsgefühl zu erinnern. Zugung ist bis jetzt nicht zu verzeichnen, ein Beweis, wie wenig verlockend die hiesigen Zustände sind.

Bei dem Steinschnecker Hiller in Eberwalde haben am Montag die Steinschnecker die Arbeit niedergelegt, und zwar hauptsächlich wegen der unaufrichtigen Behandlung, die ihnen dort seitens des Meisters zu teil geworden sein soll. Bedauerlicher, wie: „Ich brauche nur zu pfeifen.“ oder: „Ich brauche nur mit der Peitsche zu knallen, so bekomme ich so viel Steinschnecker, wie ich nur haben will.“ solten ziemlich häufig gesellen sein. Schließlich wurde das den betreffenden Steinschneckern zu viel, und sie stellten die Arbeit ein, nurmehr auch gleichzeitig eine Erklärung des Stundenlohns von 50 auf 60 Pf. forderten. 55 Pf. soll Herr Hiller sofort nach der Arbeitseinstellung angeboten haben, so daß die Differenzen wohl bald erledigt sein werden. Jedenfalls empfiehlt es sich vorläufig, Zugung fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1899.

Das „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht den alljährlichen Bericht über den Stand der Gewerkschaftsorganisationen. Der Bericht giebt zunächst eine historische Tabelle seit 1891, die dieses Bild von der Entwicklung der Organisationen zeigt:

Jahr	Central-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Lokalvereinen ca.	Zusammen
1891	62	277 659	—	10 000	287 659
1892	56	237 094	4 355	7 640	244 734
1893	51	223 520	5 384	6 280	229 810
1894	54	246 494	5 251	5 550	252 044
1895	58	259 175	6 697	10 781	269 956
1896	51	329 290	15 265	5 888	335 088
1897	56	412 359	14 644	6 803	419 162
1898	57	493 742	13 481	17 500	511 242
1899	55	590 473	19 250	15 948	606 419

Einige weitere Tabellen geben den Stand der sonst noch existierenden gewerkschaftlichen Organisationen an. Da sind zunächst die Fisch- und Lederer-Gewerkschaften, 20 an der Zahl, mit 86 777 Mitgliedern. Interessant ist eine Tabelle der christlichen Gewerksvereine nach einer im Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung erschienenen Broschüre. Sie folgt hier:

Vergarbeiter	22 000
Chemische Fabrikarbeiter (Stollberg)	350
Eisenbahner (Trier)	25 638
(München)	17 500
(Karlsruhe)	4 239
Formen (Duisburg)	83
Gastwirtsgehilfen	150
Kaufleute	160
Graphische Gewerbe	288
Schneiderei-Arbeiter (Eiegen)	1 000
Holzarbeiter (München)	953
Maurer (Berlin)	800
(Köln)	800
Metallarbeiter (Darmstadt)	8 000
Sauerländischer Verband	1 500
(Duisburg)	2 000
Schuhmacher (Dortmund, Köln, Düsseldorf)	200
Souverein Pfalz	500
Tabalarbeiter (Niederrhein)	500
Textilarbeiter (Niederrhein)	8 500
(M. Gladbach)	5 000
(München)	2 000
(Köln)	2 500
(Düren)	840
(Eupen)	600
(Wipperfurth)	80
(Vocholt)	400
Textilarbeiterinnen (Köln)	300
(Eupen)	300
Uhrenarbeiter (Schwarzwalde)	424
Regler (Rippe)	3 950
Verein Arbeiterkassen (München)	800
(Stuttgart)	300
(Berlin)	610
Insgesamt	112 100

Dann werden noch eine Anzahl Organisationen, die in keine dieser drei Gruppen gehören, mit zusammen 88 994 Mitgliedern aufgeführt, die folgende Berufe enthalten:

Vergarbeiter, Brauer, Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Dachbeder, Eisenbahn-Verkehrsmittelarbeiter, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Glasarbeiter, Grubeure, Handelsreisende, Lithographen, Maschinenführer, Porzellanarbeiter, Steinmetzen, Textilarbeiter, Vergolder.

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt demnach 864 350. Nach einer Untersuchung, deren Resultat Legier in früheren Nummern des Blattes veröffentlichte, kommen für die gewerkschaftliche Organisation im Deutschen Reich 5 297 851 Personen (im Alter von 18 bis 60 Jahren) in Frage, so daß 16,31 Proz. von ihnen bis jetzt organisiert sind. Daß die aufgeführten Organisationen nicht alle von gleichem Wert für den gewerkschaftlichen Kampf sind, bedarf keines besonderen Nachweises. Ernsthaft kommen zur Zeit nur die in der ersten Tabelle angeführten in Frage.

Die wahren Einnahmen der Centralverbände betragen im Jahre 1899 für Vereinszwecke 7 687 154 M., die Ausgaben 6 450 876 M. Das Vermögen am Jahresabschluss 5 577 564 M. Von den Ausgaben entfallen 2 121 918 M. auf Streifenunterstützung, 54 852 M. auf Rechtschutz, 55 435 M. auf Unterstützung Gemahnter, 304 391 M. auf Reise-Unterstützung, 304 677 M. auf Arbeitslosenunterstützung, 632 825 M. auf Krankenunterstützung, 91 524 M. Invalidenunterstützung, 131 484 M. besonderer Beihilfen, 2058 M. Stiefelvermittlung, 4390 M. Bibliotheken, 102 187 M. Konferenzen etc., 147 488 M. Diverses, 56 029 M. für die General-Kommissionen und 384 978 M. Verwaltungsloskosten der Hauptstellen. Die ausführlichen Tabellen geben wir noch.

Ausland.

Der Beschluß des dänischen Arbeitgeber-Vereins, daß ungelernete Arbeiter, „die rohe Arbeitskraft“, wie sie sich geschmackvoll ausdrücken, nur mit 30 Oere pro Stunde bezahlt werden sollten, führte zu einem Streik der ungelerneten Arbeiter in den Holzfabriken, Eisengießereien und Maschinenfabriken, die diesen niedrigen Lohn zahlen wollten. Da versagte der Arbeitgeberverband, daß alle Holzfabriken und Zimmermeister die Löhne ebenso herabsetzen sollten, damit alle Arbeiter streikten. Die Holzfabriken gehörten anfangs, aber der Zimmermeister-Verband einigte sich bald mit seinen Arbeitern, und auch die Holzfabrikanten gingen einzeln mit ihren Arbeitern zu unterhandeln an, und zugleich wurde der Arbeitgeberverein ersucht, zum Abschluß des Konflikts seine Zustimmung zu geben. Derselbe antwortete mit einem entschiedenen Nein. Es scheint, daß der Arbeitgeberverein die im Vorjahr geschlossene Vereinbarung, daß „ruhige Arbeiterverhältnisse durch friedliche Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen herbeigeführt werden sollen“, vergessen hat. Erst bekennt er einen „Maximallohn“, der unter dem ist, was die meisten bereits haben, und dann hindert er die Einzelarbeitgeber-Verbände, die üblichen Löhne zu zahlen. Es scheint, daß er wieder auf einen großen Konflikt hinarbeitet.

Aus der Frauenbewegung.

Etwas über Versammlungsbesuch. In stets wachsendem Maße interessiert sich die Frau aus dem Volke für öffentliche Angelegenheiten, für Gewerkschaften, für biblische Vorträge, nicht zum mindesten für Politik. Diese ist ihr freilich nur durch die Zeitung und durch öffentliche Versammlungen zugänglich, dann unterm Vereinsgeleit, welches sie mit Unmündigen auf eine Stufe stellt. Freilich ist mehr noch als bei den Männern die Zahl der Teilnehmerinnen eine beschränkte und es wird noch mancher Mahnungen, mancher Erörterungen bedürfen, ehe die Mehrheit der Frauen zu der Erkenntnis kommt, daß eine lebendige Teilnahme an Dingen von allgemeinem Interesse ihr Leben nach allen Richtungen hin erweitert und bereichert.

Wenn wir hier einige Winke für Versammlungsbesucherinnen geben, so ist dies vielleicht ein ganz nützliches Unterfangen. Zunächst beschränken wir uns auf die Hauptfrage, und heben drei Punkte hervor, deren Befolgung in gleichem Maße den Hörern selbst als auch dem Redner zu Gute kommen wird.

1. Man gehe in die Versammlung, Erste und Grundbedingung alles übrigen; denn was nützen weitere gute Ratschläge derjenigen, die nicht da ist, um sie zu befolgen? Handelt es sich um eine Gewerkschaftsversammlung, so sei es Ehrensache der Angehörigen des Gewerks, sich so zahlreich als möglich einzufinden; nicht als seien andre weniger willkommen, welche, ohne direkt beteiligt zu sein, den Gang der Angelegenheit lernen wollen. Bei Sachen der Politik oder des allgemeinen Interesses gehe man, um zu hören und zu lernen. Ist eine Versammlung leer, aus Mangel an Teilnahme seitens derer, die man erwartet hatte, dann kann sich der Vorsitzende oft nicht enthalten, vorwurfsvolle Worte an die wenigen Anwesenden zu richten, einen Tadel über den schlechten Besuch auszusprechen. Der Vorwurf kommt eben an die unrichtige Adresse, an diejenigen, die ihn in keiner Weise verdienen. Hier mag er die richtigen Schuldigen erreichen, die Saumseligen, die sich um eine Fülle von Freude und Anregung bringen, durch eine Trägheit, welche das Neue scheut. Ihnen allen rufen wir zu: Kommt alle, kommt so oft Ihr könnt!

2. Man komme pünktlich. Ein Hauptübel des Versammlungswezens ist gegenwärtig die Spätigkeit, zur rechten Zeit zu beginnen. Eine strafliche Nachlässigkeit ist eingerissen, man will offen, die kommen, ganz den ganzen Vortrag bieten, man will auch dem Referenten nicht zumuten, vor leeren Bänken zu beginnen. So zieht sich die Wartezeit mindestens eine Stunde hin. Sind die, welche sich rechtzeitig einstellen auf diese Weise öfters durch adu lauges Warten gestraft, dann machen sie es den andern nach, welche so auch noch eine Stunde später zurückkommen. Der Referent macht es ebenso. Und zum Schluß klagen alle über die späte Stunde, die die oft ein Hindernis für interessante Diskussionen bildet. Das Mittel gegen diesen Übelstand ist einfach: Man komme pünktlich.

3. Man halte keine lauten Privatgespräche während von der Rednertribüne oder vom Vorstandstisch aus gesprochen wird.

Bei dieser Mahnung denken wir nicht einmal an diejenigen, welche die Gelegenheit wahrnehmen, um während des Vortrags mit dem guten Freund den Stadtkaffee bereitzutreten. Daß dieser Unflug nicht in Versammlungen gehört, braucht nicht besonders betont zu werden. Man enthalte sich aber auch der Kritik, besonders der eingehenden, während ein Redner spricht. Jede, die es treibt, ihre Meinung der Rücksitzenden mitzuteilen, mag wohl denken: Was schaden die paar Worte? Ich spreche so leise; man hört es nicht. Aber so denken hundert, manchmal mehrere hundert. Und hunderte leiser Stimmen zugleich ergibt ein Getöse, ein mächtiges Summen und Surren, welches die Aufstehenden verblindet, den Redner zu hören. Dieser, ob Referent, ob Vorsitzender oder Diskussionsredner muß die Stimme aus äußerster Anstrengung, um noch einigermaßen durchzukommen. Denn unerbittlich erhebt in dem allgemeinen Lärm jeder einzelne die Stimme mehr und mehr, um wenigstens sich selbst zu hören. Ein abmahnender Fremder würde glauben, daß dies Losen ein toben der Wüsten gegen den Redner sein soll, während es häufig die friedfertigste Sehnsucht bedeutet, seine Zustimmung schnell den Rücksitzenden bekannt zu geben.

Hat jemand etwas zu sagen, so melde man sich zur Diskussion. Eine lange Rede ist dabei weder möglich, noch auch nur erwünscht, eine kurze Anfrage, ein neues Gegenargument, wohl auch eine zustimmende Ergänzung kann in wenigen Worten gesprochen werden und ist oft von großem Interesse und von Wichtigkeit für den beabsichtigten Erfolg. So sei die Bitte wiederholt: keine lauten Privatgespräche. Wer etwas zu sagen hat, was alle hören sollen, der rede laut. Wer das nicht will, der schweige, und störe nicht die aufmerksam Laufenden.

Arbeiterinnen, Genossinnen! Beherzigt die kleine Mahnung, insbesondere jedoch den ersten Punkt. Verzicht fleißig, eifrig eure Versammlungen; Ihr habt davon reichen Gewinn, für das praktische Leben nicht minder als für eure geistige Ausbildung. Und Ihr lernt für eure gute Sache wirken, für Euch und eure Kinder! Für den Sieg der sozialdemokratischen Idee.

Der Verein der Frauen und Mädchen Schönebergs veranstaltet am 26. August einen Ausflug nach Schmargendorf. Treffpunkt morgens 8 Uhr an der Apostel Paulus-Kirche. Für Nachzügler Treffpunkt nachmittags 2 Uhr in „Sandjoui“ Schmargendorf. Um 3 1/2 Uhr Abmarsch nach dem Walde.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden Mittwoch nach dem 15. im Klubhause, Hauptstraße 5/6 statt.

Sociales.

Abwälzung der Warenhaussteuer auf die Angestellten. Die Stadt Weutchen O/S. hat beinahe durch die Einführung einer Warenhaussteuer eingeführt, die durchaus auf das einzige am Orte befindliche Warenhaus der Firma Gebr. Barasch zugeschnitten ist. Danach muß die Firma eine besondere Gewerbesteuer bezahlen. Sie besteht aus einer Ertragssteuer von 1/2 Proz., einer Mietsteuer von 1 Proz. und einer Kopfsteuer von 50 Mark für jeden Angestellten. Zur Zeit kommt dabei eine Summe von über 6000 Mark pro Jahr heraus. Es ist schon bekannt geworden, daß die Firma von ihren Lieferanten unter Berufung auf die Steuer Freimachtliche fordert; aber auch die Kopfsteuer häßt sie sich aus der eignen Tasche zu bezahlen. Sie hat in die Engagementsverträge mit ihren Angestellten folgenden Zusatz gebracht:

„Insbesondere erkläre ich mich damit einverstanden, daß mir von meinem Gehalt für die in Weutchen O/S. speziell für das Warenhaus Gebrüder Barasch eingeführte Kopfsteuer der vereinbarte Betrag von . . . Mark pro Monat in Abzug gebracht wird.“

Die Anrechnung der Steuer auf das Gehalt erfolgt nach einer bestimmten Scala; so werden abgezogen bis 30 M. Gehalt 1 M., bis 50 M. 2 M., bis 80 M. 3 M. und über 80 M. 4 M. pro Monat. Man mag über das Verfahren der Firma und über die dabei zu Tage tretenden Löhne denken wie man will, jedenfalls sieht fest, daß sie Wege gefunden hat, um die Wälbchen der Mittelstandsrentier zu durchkreuzen. Sie trägt die Steuer nicht, hat keinen Schaden davon und kann den Kleinhandlern dieselbe Konkurrenz machen wie früher — ein Resultat, zu dessen Erreichung den kapitalkräftigen Warenhäusern übrigens noch andre Wege offen stehen. Im vorliegenden Falle ist der ganze Effekt der Steuer der, daß eine Anzahl schlecht bezahlter Angestellter zu Gunsten der Stadtkasse an ihrem Einkommen noch mehr geschnitten werden. Und ebenso eine Anzahl Lieferanten der Firma, unter denen sich gewiß auch mancher Kleinhandwerker befindet.

Der Verband der Ortskrankenkassen-Beamten, der jetzt 1360 Mitglieder zählt, hält gegenwärtig in München einen Verbandstag ab. Er beschäftigt sich unter anderem mit der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes und stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kreis der Versicherungsspflichtigen ausgedehnt, das Beitrittsrecht erweitert und die Möglichkeit der Freisetzung von der Versicherungsspflicht eingeschränkt werden solle.

Die Gemeindeversicherung wurde als unbedingt bezeichnet, da alle zu Versicherten der Orts-Krankenkasse überweisen werden könnten.

Der Verbandstag erklärt sich als Zweckmäßigkeitsgründen für die Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Auch für den Fall der Erweiterung der Krankenunterstützung von 18 auf 26 Wochen ist die Notwendigkeit einer Erhöhung von Arbeitgeberbeiträgen von 1/3 auf 1/2 nicht nachgewiesen. Im Interesse des Friedens wäre aber eine Halbierung der Verwaltung sowohl als der Beiträge wünschenswert.

An der Selbstverwaltung der Kassen sollte nicht gerüttelt werden. Vereinzelt Fälle eines Mißbrauchs derselben geben hierzu keinen genügenden Grund. Der Anschluß an die Gemeindeverwaltung ist daher zu verwerfen.

Eine Veränderung des jetzigen Rechtszustands ist nicht geboten.

Die Einführung der freien Arztwahl muß dem Ermessen jeder einzelnen Kasse vorbehalten bleiben.

Die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifungen“ sind aus dem Gesetz zu streichen.

Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde sind zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben vollkommen hinreichend. Wünschenswert erscheint dagegen die Einführung der Aufsichtbarkeit ihrer Anordnungen im Wege des Verwaltungs-Streitverfahrens (bzw. Rekurses gemäß §§ 20, 21 der Gewerbe-Ordnung). Die Konkurrenz der freien Hilfskassen ist den Orts-Krankenkassen nicht empfehlender, als die der Betriebs-, Jungmänner-Krankenkassen etc. Werden letztere beibehalten, so erscheint es unbillig, gerade die freien Hilfskassen zu besitzigen.

Es wurden dann noch einige Anträge angenommen, die bei der Revision des Gesetzes auch Vorschriften für Pensionierung und Witwen- und Waisenversorgung der Beamten wünschenswert. Der Vorstand soll im Sinne dieser Beschlüsse eine Petition an den Reichstag ausarbeiten.

Da mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Rechts- und Klagefähigkeit des Verbands gefallen ist, wurde die Umwandlung des Verbands nach den Bestimmungen der „Gesellschafts“-Beschlüssen.

Kommunale Arbeitslosen-Versicherung

Ist seitens des neuen Oberbürgermeisters Junz in Eibersfeld geplant und dazu haben Montagabend die dortigen Arbeiter in einer von ca. 2500 Personen besuchten Versammlung in der Stadthalle Stellung genommen.

Die Versammlung war von den Arbeitervertretern am Gewerbeamt einberufen, da dieselben das von ihnen geforderte Gutachten über die Arbeitslosen-Versicherung nicht abgeben wollten, ohne die Meinung der Arbeiter gehört zu haben. Der Reichstags-Abgeordnete für Eibersfeld-Barmen, Genosse Molkenbühr, hatte das Referat übernommen. Mit der ihm eignen Sachkenntnis beleuchtete er die Ursache und Wirkungen der Arbeitslosigkeit, und verwies auf die Versuche, die schon gemacht worden um die Arbeiter bei Arbeitslosigkeit zu schützen. Molkenbühr hielt die Kommunen als völlig ungeeignet, die Frage der Arbeitslosen-Versicherung zu lösen. Eine wirksame Arbeitslosen-Versicherung, die angezogen werden müsse, könne nur durch das Reich eingerichtet werden.

Nähme man die Zahlen der Arbeitslosen-Statistik vom Jahre 1895, wozu die Durchschnitt 306 322 arbeitslosen arbeitslosen waren auf 300 Arbeitstage und würde den zu zahlenden Unterhaltungslohn auf 2 M. pro Tag bemessen, so würde es eine Ausgabe von 22 Millionen Mark ergeben; hierzu kämen dann noch ungefähr 60 Millionen Verwaltungskosten, so daß insgesamt 280 Millionen Mark aufzubringen seien. Würden Staat und Arbeitgeber je ein Drittel übernehmen, so würde auf die Arbeiter ein wöchentliches Beitrag von 12 Pf. entfallen. Vorbedingung müsse dann sein, daß alle Arbeiter, auch die in der Landwirtschaft thätigen, in die Versicherung einbezogen werden. Daß die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung eingeräumt bekommen müßten, sei selbstverständlich.

Es wurde folgende Resolution angenommen:
„Die heute in der Stadthalle tagende Arbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ist prinzipieller Gegner der Arbeitslosen-Versicherung, hält jedoch vorbeugende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit für wichtiger und erachtet eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Gesetzgebung und des gewerkschaftlichen Kampfs als ein viel wirksameres Mittel zur Bekämpfung des durch die heutige planlose Produktionsweise erzeugten Arbeitslosen-Übels. Die Versammlung hält ferner den vorliegenden Entwurf der für den hiesigen Ort geplanten Versicherung für unannehmbar, so lange darin nicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wird.“

Eine Konferenz der britischen Produktiv- und Teilhaber-

Genossenschaften tagte in voriger Woche in London. Sie war mit einer Ausstellung von genossenschaftlichen Produkten im Crystal Palace verbunden und von einer „Labour-Association“ (Arbeitsbund) betitelten Vereinigung veranstaltet, welche die Ideen Robert Owens und der christlichen Sozialisten im Genossenschaftswesen zu realisieren sucht. Ihr Ideal ist die Beteiligung der von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter an deren Leitung und Ueberschüssen. Die Ausstellung ward durch einen Militär, den Generalmajor G. F. Maurice, Sohn des verdienten christlichen Sozialisten Sr. D. Maurice, die Konferenz durch ein Mitglied der englischen Aristokratie, den belagerten Genossenschaftsfreund Carl Grey eröffnet. Beide Redner richteten sich gegen die Einseitigkeiten der Konsumgenossenschafts-Bewegung (Dividendenrecht etc.). Carl Grey erklärte rühmend an, daß die englischen Konsumgenossenschaften im letzten Jahre nahezu zwei Millionen Mark (90 000 Pfund Sterl.) für Erziehungs- und Wohltätigkeitszwecke ausgegeben haben, meinte aber, daß sie bei einem Gesamtprofit von 156 Millionen Mark gern noch hätten etwas tiefer in ihre Taschen greifen können. Die Statistik der Teilhaberaktiengesellschaften und Produktivgenossenschaften Großbritanniens für 1899 lautet wie folgt:

Zahl der Genossenschaften	102
Gesamtvermögen	M. 5 690 780
Wert der Verkäufe	49 524 320
Reingewinn	2 704 500
Gewinnanteil der Arbeiter	303 600

Die meisten Teilhaberaktiengesellschaften beteiligen sowohl die Käufer wie die Arbeiter an ihren Profiten, und zwar gewöhnlich mit gleichem Prozentsatz auf die Höhe der Jahresläufe und des Jahreslohns. Die Aktionäre erhalten entweder nur einen festen Zinsfuß oder eine Dividende von gleicher Höhe wie den Gewinnanteil der Käufer und Arbeiter, von welcher letzteren die große Mehrheit auch Aktieninhaber sind. Auf Antrag des alten Holboole ehrte die Konferenz das Andenken des in diesen Tagen verstorbenen Lord-Oberrichters Charles Russell, der in einem von ihm ausgeübten, aber in der letzten Session nicht mehr zur Verabreichung gelangten Gesetzentwurf wider die Lustige des „Schmierens“ von Geschäftsangestellten durch Trinkgelder und Geschenke sich ein großes Verdienst um die Reinigung des Geschäftslebens erworben habe.

Als Präsident des Arbeitsbundes für das kommende Geschäftsjahr wurde der Gewerkschaftsführer und Arbeiterabgeordnete Thomas Burt gewählt. Eine Glumenaufstellung von Genossenschaften ward von der radikalen Lady Warwick mit einer Ansprache eröffnet, in der sie u. a. auf die soziale Bedeutung der Gartenkultur hinwies. Die Genossenschaftler mühten darauf bestehen, daß keine Wohnung in Stadt und Land ohne ihren Garten sei. Luft und Licht als das angeborene Recht des Arbeiters geltend machen.

Krieg, Kohlentenerung, Geldklemme haben auch in England vielfach das Geschäftsleben schwer geschädigt. Verschiedene Gewerkschaften setzen die Liste ihrer Arbeitslosen nicht unbedeutend sich wachen. Eine Ausnahme machen bis jetzt die Maschinenbauer. Aber, wie die neueste Nummer des Monatsberichts des Verbands der Maschinenbauer feststellt, das auch nur deshalb, weil die für den Krieg arbeitenden Werke bisher noch alle Arbeiter aufnahmen, die aus Werken entlassen wurden, in denen Maschinen für produktive Zwecke hergestellt werden. Der Halbjahresabschluss des Verbands der Maschinenbauer ergab einen Kassenbestand von 350 000 Pfund Sterling — 7 Millionen Mark — erheblich mehr als am Vorabend des großen Ausbruchs.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China.

Bremerhaven, 22. August. (B. L. O.) Die militärische Bahnhofs-Kommandantur ist heute für die neuen Truppen-Expeditionen nach China wieder eröffnet worden.

Wapel, 22. August. (B. L. O.) Generalfeldmarschall Graf v. Waldersee ist mit den Herren seines Stabes um 1/8 Uhr abends hier eingetroffen. Um 10 Uhr abends wird sich Graf Waldersee an Bord der „Sachsen“ einschiffen.

Washington, 22. August. (B. L. O.) Präsident Mac Kinley, Kriegssekretär Root und der stellvertretende Staatssekretär Adee hatten heute eine längere Konferenz über eine Depesche, die von Chaffee eingegangen ist. Die Depesche ist nicht veröffentlicht worden, es verlautet indessen, Chaffee weise in der Depesche darauf hin, daß noch beträchtliche Kämpfe in der Umgegend von Peking, sowie zwischen Peking und der Küste bevorstehen dürften, weshalb es unmöglich sei, auch nur annähernd einen Zeitpunkt für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen von China zu bestimmen.

Sankt Petersburg, 22. August. (B. L. O.) Sämtliche Maurer-, Erd- und Holzarbeiter sind aufständisch. Die Streitenden haben heute früh die Besatzung eines englischen Dampfers angegriffen. Der englische Konsul mußte intervenieren.

Paris, 22. August. (B. L. O.) Der Versuch, den Troschken-Lutscherandstand zu beenden, ist mißlungen; nur 250 Russen sind heute ausgefahren.

Vordau, 22. August. (B. L. O.) Dem Marineminister ist es gelungen, den Ausstand der Hafenarbeiter beizulegen.

London, 22. August. (B. L. O.) Admiral Bruce telegraphiert aus Taku vom 20. d. M.: Ein kleines Geschicht soll etwa 6 Meilen südlich von Tientsin am 19. d. M. festgefunden haben.

Rom, 22. August. (B. L. O.) Der Offiziatore Romano veröffentlicht heute einen Artikel, welcher die Ueberchrist trägt „Liberaler Dankbarkeit“. In dem Artikel wird hervorgehoben, welchen Varm die Note vom 18. dieses Monats betreffend die Haltung des Vatikans gegenüber den Befestigungs-Angelegenheiten für König Humbert in der gesamten liberalen Presse hervorgerufen, und verurteilt, die Note zu erklären und zu rechtfertigen. Der Vatikans, so heißt es weiter, habe sich korrekt benommen; ein halbes Jahrhundert der Geschichte könne nicht durch eine Leidenfrierlichkeit angefaßt werden und eine Begünstigung voll von Protesten und Zurückforderungen nicht angefaßt der schmerzlichen Wirklichkeit des Augenblicks verschwinden. Zum Schluß heißt es in dem Artikel: An der Bahre König Humberts wurde kein Wort gesprochen, welches für den Verrenten ebendrer lautete, als daß unträge, das den Hinterbliebenen und denen, die für ihn gebietet, ein wirklicher Trost gewesen ist.

berreichen. Er war vor 10 Jahren in seinem Beruf beurlaubt, kann daher nicht schnell gehen und kam zu Fall. Die linksseitigen Räder des Wagens gingen über ihn hinweg und brachten ihm die furchterlichen Verletzungen bei. Von der Rettungswache, wohin er bewußtlos getragen wurde, beförderte ihn ein Kitzinger Krankenwagen nach dem Urban.

Auf der Straße Gift genommen hat der 31 Jahre alte Berggölder Albert Bernide aus der Diegnitzerstraße 4, weil er den Verlust des Gehörs befürchtete und damit auch seine Arbeitsfähigkeit einzubüßen glaubte. Ein Ohrenleiden, das im März einen ärztlichen Eingriff rechtseitig erforderlich gemacht hatte, war seit einigen Wochen auf das linke Ohr übergegangen. Als er am Dienstagabend zwischen 7 und 8 Uhr von der Arbeitsstelle in der Stallhofsstraße nach Hause unterwegs war, überkam ihn die Verwirrung und er nahm eine Salznitration, um sich den Folgen der Krankheit zu entziehen. Als sich zu Hause die Merkmale der Vergiftung einstellten, wurde ein Arzt von der Rettungswache gerufen, der nach Anwendung von Gegenmitteln Bernide in einer Drochke nach dem Krankenhaus am Urban befördern ließ.

Tödtlich verunglückt ist der Fuhrherr Rumpel. Wangelstraße 87, ein in Berlin sehr bekannter und beliebter Mann. Herr Rumpel lenkte am vergangenen Donnerstag in der Leichterstraße ein Gespann, plötzlich wurden die Pferde scheu und bei dem Versuch, die Tiere zu händigen, wurde R. aus dem Wagen geschleudert und überfahren. Mit doppelt gebrochenen Beinen und anscheinend inneren Verletzungen wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er gestern gestorben ist. Die Leiche ist, um die Todesursache näher festzustellen, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

In der Wohnvorstellung. Anarchist zu sein und wegen seines gefährlichen Verhaltens polizeilich verfolgt zu werden, hat der 33 Jahre alte italienische Arbeiter Giuseppe Ametis aus der Alpenstraße 25 am Mittwoch früh gegen 1 Uhr Selbstmord begangen. Um diese Zeit hörte seine Wirtin schrilleres Schreien und fand ihren Schlafkammer auf dem Herdfeuer sitzend. Bevor sie ihn packen konnte, sprang er unter dem Ruf: „Ametis“ aus dem zweiten Stock auf den asphaltierten Hof hinab. Dort blieb er regungslos liegen. Ein Arzt konnte nur den Tod infolge Verschütterung des Schädels feststellen. Seine Angehörigen leben in Turin.

Bakteriologisches Laboratorium. Nach der Rückkehr des Dr. med. C. E. Engel von der Reise sind die Untersuchungen von Blut, Auswurf, Urin, Mageninhalt etc. in seinem bakteriologisch-mikroskopischen Laboratorium (Friedrichstr. 125) wieder aufgenommen worden. Insbesondere werden wieder Materialien zur *Cryptosporidien* Untersuchung angenommen, unter der Bedingung, daß die unentgeltliche Untersuchung von dem behandelnden Arzt gewünscht wird. Auch die Karyo-Kurze haben wieder begonnen, in denen die zur Untersuchung eingelieferten Sekrete und Exkrete zu Uebungs zwecken Verwendung finden.

Feuerbericht. Nur unbedeutende Brände sind heute zu verzeichnen. Zimmerstr. 68 war Mittwochnachmittag ein kleiner Dachstuhlbrand zu besichtigen. Weitere Zimmerbrände verursachten Alarmierungen nach Dunderstr. 19, Luisenstr. 43 und Meyerstr. 43. Wabstr. 45 hatte sich Spiritus entzündet, doch wurde größere Gefahr durch schnelles Eingreifen der Wehr abgewendet. Rumpen waren Herxstr. 61 und Proskauerstr. 30 in Brand geraten, der in keine erstreckt wurde.

Strasensperren. Wegen Umpflasterung resp. Neupflasterung werden vom 27. d. M. ab für Fußwege und Reiter gesperrt: die Friedrichstraße von der Kornelstraße bis zur Rauchstraße, das Gortiger Ufer von der Rampe der Wiener Brücke bis Reichenbergerstraße und die Straßburgerstraße vom Hause Nr. 8 bis zur Lothringersstraße.

Aus dem Reiche des Herrn v. Lynen. Ein recht sonderbares Abenteuer erzählt ein Sommergast aus Grünau im „E. Tag“. Der Fall ist insofern interessant, als namentlich auch bürgerlichen Kreisen das Polizeiregiment des Herrn v. Lynen etwas unbekannt ist. Wir geben in kurzen die Lebensgeschichte des Kaufmanns Stolzenwald, der während des Sommers in Grünau weilte, wieder:

Eines Tags findet sich bei Herrn Stolzenwald auf einem Spaziergang ein Terricolum ein, dessen Eigentümer zu ermitteltem Herrn Stolzenwald unmöglich war. Nach einiger Zeit schloß sich der Hund einer andern Gesellschaft an und wie leicht begreiflich, kümmerte sich Herr St. um den weiteren Verbleib des Tieres überhaupt nicht mehr. Später stellte sich heraus, daß der Hund dem Restaurateur Hönisch gehört, der nun Herrn Stolzenwald umausgelegt befragt, ihm Auskunft über den Verbleib des Hundes zu geben. Da Herr St. nicht in der Lage war, nähere Auskunft hierüber zu geben, so erkläre ich jetzt plötzlich, nach 8 Tagen, am Mittwoch, den 15. d. M., abends zwischen 9 und 10 Uhr in dem Gesellschaftsausschuss in Grünau, wo gerade eine Tagung im Gange war, und auch Stolzenwald mit Bekannten sich versammelte, drei uniformierte Beamte, der Grünauer Gemeinbedienter Hönischmann, der Ortsgewerkschaftsbeamte und der Köppler Gemeinde- und Polizeibeamte, sowie der angehende Eigentümer des Hundes, Restaurateur Hönisch, im vollbesetzten Saal und verhafteten den nichtahnenden und sich keiner Schuld bewußten Sommergast. Auf dem Gemeindebureau angekommen, fragte der Gendarm den Sommergast, wo sich der verlaufene Hund befände. Als hierauf der Gefragte nochmals versicherte, daß er nichts weiter wisse und nur dasselbe wiederholen könne, was er schon früher angegeben, erklärte der Gendarm, daß er sich nichts vorlägen lasse, nahm Geld und sonstige Gegenstände dem Sommergast ab und führte ihn in einen elenden Gefängnisraum. Nach geschäftlicher Pein in diesem Gefängnis erlitten am anderen Morgen wieder der Gendarm und der Grünauer Gemeinbedienter und verlangten nun nochmals Auskunft über den Verbleib des Hundes. Da St. abermals nichts andres sagen konnte, so wurde er gegen 9 Uhr vormittags nach Maderocherstr. ins Arbeitsbureau überführt und wieder in das Gefängnis eingesperrt. Nachdem er hier mehrere Stunden geschmachtet, kam ihm die Sache denn doch etwas zu bunt vor, und er klopfte wiederholt an die Thür, bis endlich ein Polizeidienst eine Thürspalte öffnete und erklärte, daß der Gefangene sich ruhig zu verhalten hätte und im übrigen nicht zum Verhör kommen würde, da er nachmittags nach Adensnau transportiert werden würde. Endlich, gegen 3 Uhr, wurde St. durch den Polizeidienst aus dem Gefängnis herausgeholt und zugleich mit einem Landstreicher jetzt nach Köppler transportiert. Hier um 3 Uhr nachmittags im Gerichtsgefängnis eingetrotzt, wurde St. wieder in ein Gefängnis eingesperrt. Auf dringendes Bitten, endlich doch zum Verhör zugelassen zu werden, wurde durch den Aufseher erklärt, daß der Gerichtsprozess wegen er erst am nächsten Vormittag verhandelt werden könne.

Hiergegen war nichts weiter zu thun, als in dem unmerkwürdigen noch menschenwürdigen Gefängnisraum bis zum nächsten Tage anzuhalten. Endlich am nächsten Vormittag gegen 12 Uhr wurde St. vor einen Untersuchungsrichter geführt, und nachdem dieser den Sachverhalt angehört, Protokoll darüber aufgenommen, Personalien, Wohnungsmeldung etc. für richtig befunden, endlich freigelassen!

Der Attentäter auf den Geheimen Regierungsrat Jernhart, welcher auf letzteren bekanntlich vor einiger Zeit in dessen Villa am Griebnitzsee zwei Gewehrschüsse abfeuerte und ihn dadurch erheblich verletzte, dürfte in der Person des von der Charlottenburger Polizei ergriffenen früheren Försters Karl Lehmann gefast sein. Lehmann ist kurz vor dem Attentat in der Nähe von Stolpe von zwei Frauen gesehen worden, die im Walde nach Himbeeren suchten. Vor dem Untersuchungsrichter am Potsdamer Landgericht haben die Frauen seiner Zeit als Zeugen übereinstimmend bekundet, daß L. der Mann sei, der Lehmann sie am 21. Juli, wie erwähnt, gesehen haben. Ebenso ist von der 13-jährigen Maria Koch, Tochter eines Bahnarbeiters in Wannsee bestätigt worden, daß L. es sei, welcher sie gemeinschaftlich habe. Ferner steht fest, daß L. den Einbruch in dem zu Trenndörfern belegenen „Carl-Restaurant“ verübt hat und auf den

Inhaber desselben, Gastwirt Trebes, als er von diesem überbracht wurde, zwei Gewehrschüsse abfeuerte. Es werden dem L. übrigens noch mehrere Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt. Aus all diesen Momenten schließt die Staatsanwaltschaft, daß L. der langgeachtete Verleiber des obigen Attentats ist. Sollte dies in der That zutreffen, so erhält die auf die Ergreifung des Attentäters ausgelegte Belohnung von 5000 M. der Charlottenburger Kriminalkommission, dem die Festnahme des gemeingefährlichen Verbrechers gelang.

Gerihts-Beitung.

Ein unlesbarer Antritt auf dem Standesamt in der Wilhelmshavenstraße beschäftigte gestern die 8. Verurtheilungs-Strafkammer des Landgerichts I. Der Ober-Postoffizier A. wollte am 19. Dezember v. J. ein neugeborenes Kind anmelden. Wie er angiebt, hat er im Voraus längere Zeit warten müssen. Er richtete an den Bureauclerk die wiederholte Bitte, ihn doch zu melden, da er wieder in den Dienst müsse. Dieser kam mit dem Bescheid zurück, daß die gerade vorgelassene Person erst abgefertigt werden müsse. Als dies geschehen war, konnte P. das Amtszimmer betreten. Er will ohne weiteres von dem am Tische sitzenden Beamten mit den Worten angefahren worden sein: „Was haben Sie brauchen mit dem Diener vorgehabt? Glauben Sie, daß Sie ein Vorrecht haben, weil Sie Beamter sind? Es kam zwischen ihnen zu einem Wortstreit, dem der erste Standesbeamte, der aus dem Nebenzimmer herankam, dadurch ein Ende machte, daß er dem A. sofort die Thür wies. Der letztere folgte der Aufforderung und unterließ somit die Anmeldung seines Kindes. A. beschwerte sich beim Magistrat, und als er hier abgewiesen wurde, mit demselben Mißerfolg beim Ober-Präsidenten. Er begründete die Unterlassung der Anmeldung seines Kindes, die erst nachträglich erfolgte, damit, daß er geglaubt habe, sich eines Hausfriedensbruchs schuldig zu machen, wenn er einen Mann, aus dem er hinausgewiesen worden war, nochmals betreten würde. Die Polizei hatte O. wegen der verspäteten Anmeldung in eine Geldstrafe von 10 M. genommen und das Saßengericht hatte den Strafbefehl bestätigt. Im gestrigen Termin führte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Davidsohn aus, daß den Angeklagten ein Versehen an der verspäteten Anmeldung nicht treffe. O. habe zugleich in seiner Beschwerde an den Magistrat angefragt, was er nun zu thun habe, und darauf den Bescheid erhalten, daß er beim Oberpräsidenten die Erlaubnis zu der nachträglichen Anmeldung erwirken könne. Bevor dieser Bescheid einging, sei die vorgeschriebene achtstägige Frist aber bereits abgelaufen gewesen. Der Berichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte nicht vollständig korrekt gehandelt habe, denn er hätte die Anmeldung seines Kindes auch durch die Hebamme bewirken können. Das Versehen sei aber so geringfügiger Natur, daß die zulässig niedrigste Geldstrafe von 1 Mark als eine ausreichende Sühne anzusehen sei.

Unter einem schweren Verdachte standen gestern zwei bisher unbescholtene Personen, die unverheiratete Klara Braunsdorf und ihr Bräutigam, der Buchdrucker Georg Gläfer vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Bei dem Rentner W. Meyerstr. 1, wurde am 25. März, einem Sonntagmorgen, ein schwerer Diebstahl ausgeführt, während die Inhaber der Wohnung einen Spaziergang machten. Da auch das Dienstmädchen, die Angestellte Braunsdorf, ihren Ausgehetag hatte, so war die Wohnung unbewacht geblieben. Die Diebe hatten nur einige kostbare Schmuckstücke, sowie gegen 500 M. bares Geld mitgenommen. Der Verdacht, die That ausgeführt zu haben, lenkte sich auf die Angeklagten, sie wurden beide in Haft genommen. Beschl. wurde der Verdacht dadurch, daß die Braunsdorf ihrem Bräutigam Zuvörderst in Gegenwart von 200 M. gemacht hatte. Beide bestritten im Termin ihre Schuld, der Angeklagte Gläfer befand sich sogar in so hochgradiger Erregung, daß er bei Beginn der Verhandlung in Ohnmacht fiel. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, hatte einen umfangreichen Alibibeweis angetreten, welcher auch gelang. Die Angeklagten hatten sich am 27. d. M. um dem Bahnhof Alexanderplatz getroffen, um nach Spindlersfeld zu fahren. Sie hatten den Zug vermissen und die Zeit bis zum nächsten im Wartesaal zugebracht. Dann waren sie um 6 1/2 Uhr fortgefahren, wiegen durch Zeugen nach, daß sie sich bis gegen 10 Uhr in Spindlersfeld aufgehalten und dann den Rückweg angetreten hatten. Der Diebstahl mußte zwischen 6 und 7 Uhr abends begangen sein. Daß die Angeklagte ihren Bräutigam über ihr Vermögen hinaus unterrichtet hatte, konnte nicht nachgewiesen werden. Unter diesen Umständen mußte ein freisprechendes Urtheil erfolgen.

Verfassungen.

Die Coalsnot.

Die Gas- und Schankwirthe Berlins und der Umgegend hielten am Dienstag in Reuters Besitz eine von etwa 1500 Personen besuchte Protestversammlung ab, zu der an sämtliche Stadtverordneten Berlins Einladungen ergangen waren. Der Vorsitzende K. Mann vom Verband der Gas- und Schankwirthe Berlins etc. begründete den Zweck der Versammlung wegen „Stellungnahme zu den hohen Gaspreisen und der Coalsnot“. Die freisinnigen Stadtverordneten waren, wie durch wiederholte Anträge sowie einige Anschuldigungsschriften bestätigt wurde, nicht erschienen. Nebenamtlich wurde referirt über die Haltung der Berliner Stadtverwaltung in der Coals- und Gasfrage, wie sie den Lesern des „Vorwärts“ zum Teil schon aus den Berichten über zwei Versammlungen im 6. Wahlkreis, von den Stadtverordneten Vorkmann und Durm besprochen, bekannt sind. Die Kritik richtete sich im allgemeinen gegen die freisinnige Stadtverwaltung selbst, wie gegen das Verhalten der Herren Herstenberger, Jacobi, Gasanstalts-Direktor Jahnke und die Stadträte Ramsau und Jabel. Es sei notwendig, daß sich ein Sturm der Entrüstung entfalte über die Verschleuderung der Coalslieferungen an einige große Unternehmer, wie auch gegen die unnütze Erhöhung der Gaspreise auf Kosten der Berliner Steuerzahler. Da die Gaswirthe einen erheblichen Teil der städtischen Einnahmen aufbringen, hätten sie alle Kräfte, gegen die städtische Mißwirtschaft zu protestieren, wie es bisher nur seitens der socialdemokratischen und der beiden antisemitischen Stadtverordneten geschehen sei. Die Berliner Bürgerschaft aber habe die Pflicht, in Zukunft die Wahl einer freisinnigen Mehrheit zu verhindern. (Beifall.)

Von den nahezu vollständig erschienenen socialdemokratischen Stadtverordneten sprach zuerst Ewald die Uebereinstimmung mit dem Referenten aus. „Aber — rief Redner — wie Sie, meine Herren, dem Referenten heute Beifall klatschen, so werden Sie morgen jedenfalls, wenn es zur Wahl kommt, ganz ruhig dieselben freisinnigen wiederwählen!“ (Beifall. Widerspruch.) Die Gas- und Coalsfrage sei aber nicht, wie der Referent meinte, durch die Gaswirthe, sondern durch die socialdemokratische Fraktion angeregt worden! Der Einheitspreis von 10 Pf. pro Kubikmeter Gas sei ebenfalls nur von den Socialdemokraten beantragt, aber von der freisinnigen Mehrheit abgelehnt worden, wofür natürlich deren Sonderinteressen ausschlaggebend waren. Die etwaigen Mindermeinungen könnten sehr wohl auch öffentlichen Einrichtungen, wie Straßenbahnen und sonstigen städtischen Einrichtungen gedeckt werden. Redner schloß ebenfalls mit der Mahnung an die Gaswirthe, dafür zu sorgen, daß die freisinnigen Herren aus der städtischen Verwaltung verschwinden. (Beifall.)

Der antisemitische Stadtverordnete Prezel wendete sich gegen einige Ausführungen des Referenten insofern, als die Stadt Berlin nicht selbst allen Coals verbrauchen könne und daher für Abzug desselben bedacht sein müßte; es sei mithin Pflicht der Stadtverwaltung gewesen, die angekauften Vorräte zu räumen. Bei Abgabe der großen Coalsmengen an große Unternehmer im Januar 1899 habe man die spätere Kohlenvertheuerung nicht voraussehen können; aber später hätte man weitere Lieferungen unbedingt unterlassen sollen. Daburch seien der Stadt reichlich eine Million Mark verloren gegangen. Da man bis heute trotz aller Anfragen weder die Namen der betreffenden Unternehmer, noch die niedrigen Preise, welche sie zahlten, erfahren konnte, die Unternehmer

selbst wohl noch ein gewisses Schamgefühl besäße, seien dieselben auf ein solches Mandat verfallen. Die Herren empfehlen nämlich große Coalslieferungen durch die Annoncen-Expedition von Haastenstein u. Vogler! Einer seiner (des Redners) Geschäftsfreunde, habe nun daraufhin eine harmlose Anfrage eingeleitet und als Antwort aus Dresden 6 bis 9 Waggons Coalsladungen, allerdings für höhere Preise, angeboten erhalten! Auf eine Anfrage der Brennmaterialien-Deputation an den Magistrat sei dieser die Antwort erteilt worden, daß kein weiteres Brennmaterial mit Ausnahme für Schulen etc., mehr abgegeben werden könne. Davon zu sprechen schämten sich allerdings die freisinnigen Stadtverordneten. Der Stadtrat Ramsau habe, ohne die Gas-Deputation zu befragen, diese Verläufe angeordnet. Da alle Coalsvorräte bereits bis zum 1. Januar 1901 vergeben seien, ist für dieses Jahr mithin eine Verbilligung ausgeschlossen. Redner schloß ebenfalls mit der Mahnung, der freisinnigen städtischen Mißwirtschaft ein Ende zu machen. (Beifall.)

Stadtr. Zubeil hält es für passend, diese Fragen nicht im politischen, sondern im Ullgemein-Interesse der gesamten Bürgerschaft und aller Gewerbetreibenden zu behandeln. Im Gegenlag zu Herrn Prezel könne er als Mitglied der Brennmaterialien-Deputation nur bezeugen, daß die großen Coals-Wagons nicht im Januar, sondern im Sommer 1899 erst erfolgt seien, als man die als Grund vorgeschobene Kohlennot und den Transporthrieg längst vorausgesehen. Im übrigen ist auch er der Meinung, daß alle noch so schweren Proteste für dieses Jahr nicht ändern können. Herr Stadtverordneter Prezel habe sich, indem er das Verhalten des Herrn Ramsau begünstigte, als Wetterprophet gelehrt, indem er vorausgesehen, daß wir vor 1899 keinen strengen oder langen Winter haben würden! Besser wäre es aber wohl, sein Prophet sein und lieber mit den Thatfachen des Lebens rechnen. Die Ansicht des Herrn Prezel, die Gasdeputation sei daran unschuldig, sei keineswegs zutreffend, da der Direktor Jahnke, angeblich sogar ohne Vorwissen des Oberbürgermeisters Herrn Krichner, einfach Auftrag erhielt, sich des vielen Coals zu entledigen. Doch die begünstigten Großhändler sich schämen, ihre Namen zu nennen, sei ja erklärlich. Aber auch der Stadtrat Ramsau habe im Ausnahmefalle jede Namensnennung verweigert, wie es überhaupt seien, als ob weder der Ausschuss noch die Stadtverordneten danach zu fragen hätten, da eine derartige Namensnennung gegen die städtische kaufmännische Regel verstöße! Nur dazu habe man sich bequemt, die Preise zu nennen, worüber aber auf besonderen Beschluß des Ausschusses, auf Grund der Amtsverschwiegenheit, nicht gesprochen werden dürfe. Da auch die Besprechung im Plenum abgelehnt wurde, könne er die an ihn gerichtete Frage wegen des Preises nur dahin beantworten, daß jeder Berliner Bürger für diesen Preis ganz ganze Berge Coals kaufen und damit ein sehr gutes Geschäft machen würde. Für Steincoals habe man ebenfalls hohe Preise zahlen müssen, wovon die Brennmaterialien-Deputation keine Kenntnis hatte. Er müsse zu Ehren des Herrn Stadtrat Zubeil ausdrücklich betonen, daß dieser über den ganzen Schacher höchst empört und als ergantener Beamter lieber keine Mention nachgeht und erhalten habe. Auch der Direktor Jahnke habe infolge dessen seinen Dienst aufgeben müssen. Da der Einheitspreis von 10 Pf. für Gas keine Aussicht auf Annahme habe, sei man einfach zur Coals- und Kohlenfeuerung wieder übergegangen, die freisinnigen Gewerbetreibenden seien durch die Wahl ihrer Vertreter selbst mit schuld an diesen Vorgängen! Es sei daher Pflicht aller Steuerzahler und Gewerbetreibenden, die Vorgänge in der städtischen Verwaltung fortwährend zu kontrollieren, um die Bürgerschaft vor Schaden zu wahren! Wenn sich auch die freisinnigen Gaswirthe und Gewerbetreibenden nicht daran beteiligen, möge man aber jetzt schon eine rege Agitation entfalten für Beseitigung dieser Schandwirtschaft. (Lang anhaltender Beifall.)

Poppe ist mit allen Rednern einverstanden und protestiert gegen die Vorkommnisse, daß diese Versammlung nur eine politische Demonstration sei. Die Socialdemokraten hätten diese Zustimmung ebenfalls zurückgewiesen. Sein vernünftiger Gastwirt oder Gewerbetreibender werde in Zukunft so thöricht sein, noch einmal einen freisinnigen zu wählen. (Beifall.)

Trach erneuert Anfrage meldete sich kein freisinniger zum Wort. Die Anfrage eines Redners, ob auch die englische Gasgesellschaft an diesen Schachertheil beteiligt sei, beantwortete Herr Prezel dahin, daß er darüber leider nicht berichten könnte, wäre es aber möglich, dann würden die Berliner Bürger ganz eigenartige Dinge von dieser „englischen“ Gesellschaft zu hören bekommen.

Das Ergebnis der Versammlung war schließlich die einstimmige Annahme einer Resolution, worin die Versammlung das Verhalten der städtischen Verwaltung aufs schärfste verurteilt und weitere Anklage erwartet. Um den gerechten Wünschen und Ansprüchen aller Gewerbetreibenden gerecht zu werden, wird das Bureau beauftragt, eine Protestbewegung zu entfachen, um derartige Verordnungen, wie überhaupt jede fernere Gas- und Coalsvertheuerung zu verhindern.

Die Bau-Anschläger hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab. Dieselbe beschäftigte sich mit einer Tarifangelegenheit, die in letzter Zeit schon mehrfach besprochen wurde. Es handelt sich um folgendes: In dem von den Meistern herausgegebenen gedruckten Tarif lautet eine Position ungenügender wie in dem ursprünglich vereinbarten Tarif. Die Lohnkommission hat sich, dem Reichthum der vorigen Versammlung gemäß, wegen Regelung dieser Angelegenheit an die Meisterkommission gewandt, diese hat aber eine Verhandlung abgelehnt, weil sie sich beleidigt fühlt durch eine Versammlungsanzeige sowie durch eine Resolution, in denen die betreffende Differenz, die nur auf einem Versehen beruhe, als abschließliche Fällung bezeichnet wird. Die Lohnkommission dagegen lehnt die Verantwortung für die Fällung der von der betreffenden Versammlung festgesetzten Anzeige und Resolution ab und bedauert, daß diese Angelegenheit nicht friedlich geregelt werden konnte. — Nach langer Debatte beschloß die Versammlung, den unrichtigen Tarif so zu ändern, wie er seinerzeit von der Arbeitgeberkommission angenommen ist.

Die Pauer hielten gestern, Mittwoch, im großen Saale des Arbeitsbureauhauses eine stark besuchte Versammlung ab, um die Arbeitszeit für den Herbst und das Frühjahr festzusetzen. Wie der Referent Hr. Schulz berichtete, ist im vorigen Herbst die festgesetzte 8 1/2 stündige Arbeitszeit nicht allgemein umgekehrt, sondern teilweise 9 1/2 Stunden gearbeitet worden. Bei den übrigen Bauarbeitern, insbesondere bei den Maurern hat es viel Unrecht erregt, daß die Pauer oftmals noch gearbeitet haben, wenn bereits die andern Arbeiter Feierabend gemacht hatten. Im weiteren ist durch die Statistik der Berufs-genossenschaften festgestellt, daß die meisten Unfälle in den Abendstunden zu verzeichnen sind und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil der Körper zu sehr erschöpft und bei dem Dämmerlicht oder der schlechten Beleuchtung die Gefahr weit größer ist, als zu einer andern Tageszeit. Von diesen und andern Rednern wurde die Notwendigkeit einer besseren Regelung der Arbeitszeit betont und angeführt, daß dieselbe möglichst der Arbeitszeit der Maurer angepaßt werden muß. In eingehender Weise erörterte Maurer Silber Schmidt das unheilvolle Verhältnis, das sich zwischen den Maurern und Bauern herausgebildet hat. Er verweist darauf, daß dieser Zustand lediglich auf das Verhalten der Pauer zurückzuführen ist und die Maurer Grund genug haben, das Vorgehen der Pauer zu kritisieren. Während die Maurer sich durch viele Opfer und schwere Kämpfe eine genau geregelte Arbeitszeit geschaffen und die Accordarbeit beseitigt haben, haben die Pauer es bisher unterlassen, wirklich energisch für die allgemeine Einführung der Lohnarbeit einzutreten und arbeiten nach wie vor zur Freude der Unternehmer ohne Unterhaltung der Arbeitszeit. Ferner rügt der Redner, daß von den Bauern Arbeiten in Accord ausgeführt werden, die bisher die Maurer im Tagelohn gemacht haben und appellirt eindringlich an die Versammelten, das Solidaritätsgesühl als organisiert Arbeiter durch die That zu beweisen, endlich für ein andres Arbeitsverhältnis zu wirken, da nur dann ein vollständiger Bruch zwischen Maurern und Bauern vermieden werden kann. Jetzt schon müsse agitiert und die Zeit benützt werden, um im nächsten Frühjahr

